

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnenzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Einigkeit.

„Du lebst und mußt mit andern leben.“ Davaus erwachsen dem Einzelnen Pflichten gegen den Nebenmenschen. Wer als tüchtiges Mitglied im Ganzen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens steht, ist kein Einsiedler, der „es mit keinem zu tun hat“, sondern er muß mit andern arbeiten, mit andern „auskommen“.

Darum ist es so notwendig, die Einigkeit zu pflegen und zu hüten. Sie ist ein hohes Gut, das niemand leichtfertig preisgeben darf; nicht einer Laune wegen, nicht, weil man Abneigung gegen diesen oder jenen hegt. Wie viele sind nicht gerade in dieser Hinsicht bebauerlich kurzichtig und kleinlich: „Aber was wahr ist, darf man doch sagen“, „aber das kann ich mir doch nicht gefallen lassen“, mit solchen und anderen „Aber“ sucht man nicht selten die Störung des Friedens zu entschuldigen.

Sind denn diese „Aber“ nicht meist recht sadenheintig, wenn man ihnen auf den Grund geht? Was du sagst soll wahr sein, aber nicht alles, was wahr ist, sollst du sagen. Was du in erster Linie sollst, ist, das Gute fördern; ein hohes Gut aber ist die Einigkeit, der Friede. Du darfst dich verteidigen, brauchst dir nicht alles und jedes gefallen zu lassen. Es hängt nur alles davon ab, wie du das tußt! Wenn Horn und kleinliche Nachsucht aus dir reden, so schabest du dir selbst — schabest vor allem auch der Sache, der du doch dienen willst.

Wohl ist es nicht immer leicht, Friede und Einigkeit zu wahren. Aber es sind hohe menschenwürdige Güter und darum sind sie wert, daß wir uns um sie bemühen. Dazu sind vor allem zwei Dinge erforderlich: Erstens die Ruhe bewahren; zuvor überlegen, dann erst antworten und reden. Fragen wir uns immer, was muß erreicht werden? und welche Mittel führen da zum Ziele? Lassen wir persönliche Gefühle nie mehr gelten als die gemeinsame gute Sache. Nehmen wir dann zweitens aber auch die Menschen, wie sie nun einmal sind. Widerspruchsgelüste gibt es überall; wo der eine ja sagt, müssen sie nötigen und ihr Mein dagegen reden. Lassen wir sie also nicht reden, wenn sie reden wollen. Sie dürfen nicht aufpassen, wenn man ihnen in aller Ruhe, daß sie die Schwierigkeiten und Schattenseite der Sache hervorgehoben — jetzt bleibe noch das andere: in gemeinsamer Beratung sei der Weg praktischen Handelns zu suchen — und dann die Ausführung, die Tat.

Der praktische Erfolg wird niemals da zu finden sein, wo man aber den kleinlichen Streit um Worte und persönliche Gefühle das einigende gemeinsame Moment, die Sache, aus dem Auge verliert.

Eine Nachlese zum Gewerkschaftsstreit.

Charakterlosigkeit war seit jeher eins der hervorstechendsten Merkmale der sozialdemokratischen Presse. Aber den Gipfel der Charakterlosigkeit erstieg diese Sorte „öffentlicher Meinung“ gelegentlich des Gewerkschaftsstreites im katholischen Lager in den letzten Wochen. Seit Jahren wünscht die Sozialdemokratie nichts sehnlicher, als den Untergang der christlichen Gewerkschaften. In ihnen sieht sie nicht mit Unrecht das Bollwerk, das dem Siegeszuge ihrer Klassenkämpferischen und umstürzlerischen Bestrebungen ein zwingendes Halt gebietet. Was hat die Sozialdemokratie nicht alles aufgeboten, gerade unsere Bewegung aus dem Wege zu räumen! Hue, der jetzt zum zweiten Male „er“ gewordene sozialdemokratische Bergarbeiterredakteur, sah die christlichen Gewerkschaften schon vor 9 Jahren „auf den letzten Krücken herumhumpeln“, und heute? — Hue selbst „humpelt“, dank des gesunden Wachstums unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung, als „Volkstribun a. D.“ in der Welt herum. Die Sozialdemokratie hat versucht, unsere Bewegung tot zu lösen und zu freizeichnen, sie tot zu lügen und tot zu verleumden, sie tot zu streifen und tot zu terrorisieren. Alles vergebens! Wir wachsen und gedeihen lustig weiter!

Keine Gelegenheit hat die Sozialdemokratie sich entgehen lassen, um unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zu schädigen. Strupellos hat sie sich zur Erreichung dieses Zweckes seit jeher mit jedweden Gegner der verhassten „Christen“ verbündet. Wenn's nur gegen die „Christen“ ging, dann hießen die „prinzipientreuen“ Genossen jeden Wegelagerer und Buschflepper als Kampfgefährten willkommen. Und mochte die Sache an sich noch so schmachvoll und blamabel sein, sie waren mit von der Partie. Ritterlichkeit ist den Genossen ein unfaßbarer Begriff, Anstand, selbst in seinen primitivsten Anfängen ist ihnen fremd. Nur kleine und gemeine Nachsucht feierte denn auch in den letzten Wochen in der sozialdemokratischen Presse ihre Orgien. Von Logik, Konsequenz und Verstand war in diesem täglichen „Geistes“futter für die bedauernswerten roten Massen auch nicht die Spur zu entdecken. Der Verlauf des Gewerkschaftsstreites stellte ja die sozialdemokratische Presse jeden Augenblick vor andere Situationen; und gar meist vor solche, auf die sie gar nicht gefaßt war und durch die ihre schönsten Hoffnungen und Erwartungen „schwübe“ durchkreuzt wurden. Aber Schmock hatte die Aufgabe, bei dieser Gelegenheit die „Christen“ endgültig abzutun; darum mußte er einmal so, dann wieder so, dann wieder anders herum schreiben. Das war ein Ge-

fasel, ein Geholper und Gestolper, ein grenzenlos lächerliches Hin und Her. Aber was verschlägt's. Das rote Zeitungspapier und seine Konsumenten sind schon etwas gewöhnt. Doch sehen wir zu:

Erste Phase: Kaum waren die Pfingsttaggebungen heraus, da verblüdete die sozialdemokratische Presse mit wildem Geschrei: „Rom hat gesprochen. Die christlichen Gewerkschaften sind zum Tod verurteilt. Verwirrung und Auflösung“ herrscht bei ihnen. Die „Christenführer“ sind „aschafal“ und „ihre Anie schlottern“. Vom Papst aber rebete diese sozialdemokratische Presse als von dem „Manne in Rom, der am liebsten jegliche selbständige Regung der katholischen Arbeiter zur Verbesserung ihrer irdisch materiellen Lage im Keime erstickern möchte.“ Die Kirche sei „eben ein Stützpunkt des Kapitalismus“. — Diese Darstellung hatte offenbar den Zweck, die Verwirrung zu schaffen, die die sozialdemokratische Presse gerne gesehen hätte, und die, jammerschade — nicht da war.

Zweite Phase: Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hatte seine Erklärung erlassen; die gesamte öffentliche Meinung begrüßte sie. Die Entwicklung ging den umgekehrten Weg, wie die Sozialdemokratie vermutet hatte. Die roten Blätter waren waff. Und flugs wurde der Marken herumgeworfen. Jetzt erschienen Artikel unter dem Titel „Sturm auf gegen den Papst“. Man denke sich die sozialdemokratischen Blätter, die jahraus, jahrein Gift und Galle speien gegen Religion, Kirche, Papsttum, Geistlichkeit, setzen heuchlerisch auseinander, wie „respektlos und ungehorsam“ doch diese christlichen Gewerkschaftsführer gegen den Papst in Rom handelten. „Rebellen“ wären sie. Es zeige sich, daß sie „niemals kirchlich gesinnt“ gewesen, daß sie „nur so getan“ hätten. — Der Zweck dieser Uebung war, die Ausschließung der Gegner und Denunzierung der christlichen Gewerkschaften, auf daß doch das Eintreten möchte, was die sozialdemokratische Presse so sehnlichst ersehnt und bereits als Tatsache behandelt hatte: Eine Verurteilung der ihr so verhassten christlichen Gewerkschaften.

Dritte Phase: Es steht eine Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften an, die darüber Beschluß zu fassen hat, ob ein außerordentlicher Kongreß von nöten sei. Die sozialdemokratische Presse zerbricht sich den Kopf darüber, was da wohl beschloffen werden könnte. Sie findet, am besten wäre ein recht radikaler Beschluß, das könnte den „Christen“ den größten Schaden bringen. Also schreibt Schmock wieder anders herum. Jetzt ist die Haltung der Christenführer auf einmal schlapp und feige. Die sozialdemokratische Presse glaubt, die Führer der christlichen Gewerkschaften so etwas scharf machen zu können. Daneben spekuliert!

Vierte Phase: Der Vorstand hält es nicht für nötig, einen Kongreß abzuhalten, und präzipiert noch einmal in aller Bestimmtheit seine Stellung. Die in Südböhmen versammelten Bischöfe teilen dem Verbands der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands mit, „daß die Gewerkschaftsangelegenheit in ernste und wohlwollende Beratung genommen“ sei. In der katholischen Tagespresse tritt Waffenstillstand ein. Die rote Presse ist außer sich vor Wut. Nun sollen alle die Auseinandersetzungen aufhören, die Anruß „Vom christlich-katholischen Kriegsschauplatz“, die die „Genossen“ so schön vom eigenen Parteifanklagelentkhatt, flöten gehen! Unfaßlich! Und jetzt erst recht mitleiderregendes Hin- und Herrennen und possierliches Gehäse im sozialdemokratischen Blätterwald. Jetzt werden dieselben „Christenführer“, die man vor wenigen Tagen noch als „Rebellen“ gegen den hl. Vater hingestellt, mit Vorwürfen überhäuft. Sie hätten keine Courage, beschränkten sich in vorsichtiger Mäßigkeit, ihr Beschluß wäre Mehlbrei mit Paprika parafen, sie duckten sich. Zwischen hinein aber kommen noch Stimmen, die den Anschluß verpaidt und noch im alten Ton weiterleiern, die Köln-M.-Gladbacher reden „rabiate Lüne“ und wollten den Papst ihren Lehrmeinungen unterordnen. Man vergleiche den „Vorwärts“ vom 21. Juni und die „Bergarbeiterzeitung“ vom 22. Juni. Größere Gegenfälle sind nicht denkbar. Und indes jäh das Kölner Sozialistenblättchen vom 21. Juni abmüht, die christlichen Gewerkschaften als ratlos, hilflos und als unterlegen hinzustellen, versichert uns ihre Kollegin von Düsseldorf der entgegengesetzten Auffassung. —

Wer denkt angesichts dieser heillosen Konfusion im sozialdemokratischen Lager nicht an den alten ehrlichen Fuchs, der um die „sauren Trauben“ herumtanzt! Die charakterlosen Gesellen sind der verdienten Lächerlichkeit verfallen. Der denkende Teil der deutschen Arbeiterchaft kann sich von solchem Gelichter nicht länger mehr am Karrenseil herumführen lassen.

Auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsblätter fühlen sich jetzt bewegt, die Wahlstatt des Gewerkschaftsstreites mit der Miene des erfahrenen „Sachkenners“ zu mustern. Das wollen wir ihnen natürlich nicht verwehren, halten es auch zugute, wenn sie bei dieser Gelegenheit die bekannte sogenannte „unabhängige Grundlage“ ihrer Organisation in empfehlende Erinnerung bringen. Letzteres entspringt eben dem an sich anerkennenswerten Bestreben der Hirsch-Dunderschen Führerschaft, ihre Bewegung aus der Stagnation der letzten Jahre herauszubringen, und daran zu erinnern, daß man auch noch da ist, wo alle Welt nur von der kräftig aufstrebenden christlich-nationalen Arbeiterbewegung spricht.

Treuerherzig verständigert das Hirsch-Dundersche Hauptorgan, „Der Gewerbeverein“, in Nr. 50 vom 22. Juni seinen Lesern, daß es den Streit um die christlichen Gewerkschaften habe „ruhig seinen Lauf gehen lassen.“ Die christlichen Gewerkschaften hätten sich tapfer geschlagen und mit allem Nachdruck erklärt, daß sie interkonfessionell bleiben wollten. Dann folgt aber auch gleich der Pferdeschuß:

„Die Führer der christlichen Gewerkschaften sind mit einer einzigen Ausnahme Parteigänger desentrums, und . . . treue katholische Männer. Diese sind durch das Eingreifen des Papstes zugunsten der Berliner rein-katholischen Arbeitervereine in einen schweren Gewissenskonflikt gekommen, denn es ist ein katholischer Lehrsat, daß der Papst unfehlbar ist. . . . es bedeutet, daß der Katholik sich fügen soll, wenn der Papst seinen Willen zum Ausdruck gebracht hat. Roma locuta est: Rom hat gesprochen, die Sache ist also entschieden!“

Man sieht: Ist's auch Unsinn, so hat es doch Methode! Das ganze ist eine so grobe Verbiegung des tatsächlichen Sachverhalts, daß sie nicht einmal durch Unwissenheit entschuldigt werden kann. Man kann kaum annehmen, daß es dem Hirsch-Dunderschen Hauptorgan unbekannt ist, daß sich nicht nur unter den Mitgliedern, sondern auch unter den Führern der christlichen Gewerkschaften — auch im Vorstand und Ausschuß des Gesamtverbandes — eine stattliche Anzahl von Anhängern der verschiedenen liberalen und konservativen Parteien befinden. Es muß dem Hirsch-Dunderschen Hauptorgan auch bekannt sein, daß diese mit den „treu katholischen Männern“ seit Bestehen unserer Bewegung treue gewerkschaftliche Waffenbrüderchaft gehalten haben. Weßhalb dann aber die Unterstellung: „mit einer einzigen Ausnahme“?

Einfach unsinniges Zeug ist's aber vollends, was das Hirsch-Dundersche Hauptorgan sich da zusammenschreibt über den „schweren Gewissenskonflikt“ der treuen katholischen Männer innerhalb unserer Bewegung — und über den „katholischen Lehrsat, daß der Papst unfehlbar ist.“ Bezüglich der Behebung und Verhütung von Gewissenskonflikten bei der Mitgliedschaft mag der Moralphilosoph vom „Gewerbeverein“ nur mal vorerst vor der eigenen Türe Umschau halten. Vielleicht findet er dann heraus, daß es bis dato nicht die Organe der christlichen Gewerkschaften waren, die beispielsweise durch Definition des Begriffs „Pflaffe“ oder Propagierung der „Widauer These“ zur Schulfrage „in religiöse Angelegenheiten hineingerebet“ haben. Vielleicht begreift er dann auch, weßhalb konfessionelle Arbeitervereine den Hirsch-Dunderschen Organisationen so mißtrauisch und ablehnend gegenüber stehen. Wenn diese konfessionellen Organisationen hingegen ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften nach wie vor zuführen suchen, so tun sie es deshalb, weil hier die religiöse und politische Ueberzeugung des einzelnen Mitgliedes geachtet und respektiert wird.

Wie nun vollends der katholische Lehrsat von der päpstlichen Unfehlbarkeit die treu katholischen Männer in den christlichen Gewerkschaften in einen schweren Gewissenskonflikt gebracht haben soll, ist das Geheimnis der „Theologen“ vom „Gewerbeverein“. Im Vertrauen wollen wir dem Hirsch-Dunderschen Hauptorgan verraten, daß man zu einer solchen Ansicht nur kommen kann, wenn man katholische Lehrsätze vom jüdischen Berliner Tageblatt bezieht. Für den Katholiken bedeutet die Unfehlbarkeit des Papstes nur, daß der Papst als oberster Lehrer der Kirche dann nicht irren kann, wenn er im vollen Gebrauch seiner obersten kirchlichen Machtvollkommenheit (d. h. ex cathedra) eine alle Gläubigen verpflichtende Entscheidung über Glaubens- oder Sittenlehren erläßt — für den Papst als Privatgelehrter, Theologe, Wirtschaftstheoretiker und Mensch hat die katholische Glaubenslehre niemals Unfehlbarkeit in Anspruch genommen.

Es hat deshalb auch absolut keinen Sinn, wenn dem „Regulator“, der sich ebenfalls in seiner letzten Nummer den Kopf der christlichen Gewerkschaften zerbricht, auch „beim Lesen dieser Zeilen“ wieder der Satz einfallen sollte: „Und der König absolut, wenn er unjern Willen tut“. Von Absolutismus ist hier gar keine Rede. Die christlichen Gewerkschaften sind und bleiben wirtschaftliche Organisationen zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder auf christlich-nationaler Grundlage. Sie bewegen sich bei allen ihren Maßnahmen im Rahmen ihrer statutarisch umgrenzten Zwecksetzung und sind bei allen ihren Entscheidungen und Betätigungen von außenstehenden Instanzen genau so unabhängig, wie die wirtschaftlichen Organisationen der Landwirte, Handwerker, Fabrikanten usw. Wenn der „Regulator“ in der Haltung der christlichen Gewerkschaften ein Hin- und Her schwanken sieht, so liegt da wohl eine böse Verwechslung vor. Man braucht ja nur dem Gefläge gewisser Organe über den roten Terror die letzten Vorgänge im Ruhrrevier gegenüberstellen und

man weiß, wo die „Schwankenden“ zu suchen sind. Das Hirsch-Dundersche Organ mag sich also um die „Duldung“ der christlichen Gewerkschaften keine grauen Haare wachsen lassen. Und auch die Arbeiterinteressen werden durch die junge, mächtig austretende christliche Gewerkschaftsbewegung, trotz der unter der roten Parteidiktatur feigenden „freien“ Gewerkschaftsbewegung schon richtig vertreten werden. Das hat unsere ganze bisherige Tätigkeit bewiesen und unsere künftige wird es weiter bestätigen.

Durch Beleumdungen a la „Sieg Berlin“ und Genossen kann man also den christlichen Gewerkschaften das Rückgrat nicht brechen. Das haben die Vorgänge der letzten Wochen zur Evidenz bewiesen. Der Sturm ist siegreich abgeschlagen und rege Begeisterung und Arbeitsfreude herrscht in unseren Reihen. Nun erst recht vorwärts auf der ganzen Linie! Das war die einhellige Antwort der christlich-nationalen Arbeiterschaft auf die heimtückische Attade der Neider und Gegner. Und so ist's recht!

Der Waffenstillstand im Gewerkschaftsstreit.

Von einem an hervorragender Stelle unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung tätigen evangelischen Kollegen, Wilhelm Gutsche, Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Eisenbahner (Sieg Eberfeld) und Mitglied des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, erhalten wir zu obigem Thema folgende Ausführungen:

Die Erörterungen über den Gewerkschaftsstreit haben im katholischen Lager nachgelassen, werden aber in der übrigen Presse fortgesetzt. Dabei laufen hier und da ganz falsche Anschauungen unter, die auf eine große Unklarheit in evangelischen Kreisen schließen lassen. So heißt es beispielsweise in einer Notiz im Stuttgarter „Neuen Tageblatt“ vom 21. Juni 1912:

„In einer eigenartigen Situation befinden sich die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Unterbleibt der Kongress, so beweist das, daß sich auch die protestantischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften römischen Wünschen fügen müssen. Interessant ist auch, daß der Papst „angemessene Verhaltensmaßregeln“ in Aussicht stellt. Wenn der evangelische Teil der christlichen Gewerkschaften sich von Rom die Verhaltensmaßregeln vorschreiben läßt, würde er sich also der wirtschaftlichen Oberhoheit Roms unterstellen. Ob gegen diese Zumutung die Organe der evangelischen Orthodoxie nicht Protest erheben werden?“

Die hier ausgesprochenen Mutmaßungen und Behauptungen beruhen sämtlich auf gänzlich falschen Voraussetzungen. In unserem evangelischen Lager sollte man doch endlich christliche Gewerkschaften und katholische Arbeitervereine auseinanderhalten und unterscheiden lernen. Der römische Stuhl wendet sich weder in Ermahnungen noch Verhaltensmaßregeln an die Adresse der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften — das kann er gar nicht — sondern stets an die der kirchlichen Leitung unterstellten Arbeitervereine, oder sonst an die katholischen Arbeiter überhaupt, also auch an die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

So ist es auch im jetzigen Gewerkschaftsstreit gewesen. Sämtliche Verlautbarungen von Rom waren an die Adresse katholischer Korporationen gerichtet, die christlichen Gewerkschaften sind direkt gar nicht genannt. Letztere fühlen sich aber indirekt getroffen und in ihrer Arbeit und Entwicklung bedroht. Darum nahmen sie im Interesse ihrer Selbsterhaltung zu den Vorkommnissen Stellung. Sie protestierten deshalb als Angegriffene gegen die Verleugungen und Verdächtigungen der „Berliner“, sie sagten in ihren öffentlichen Erklärungen noch einmal mit aller Deutlichkeit, was sie sind und was sie erstreben. Mehr zu tun, war ihnen nicht möglich. Denn ebenso wenig wie den christlichen Gewerkschaften von Rom oder den katholischen Bischöfen Weisungen resp. Verhaltensmaßregeln erteilt werden können ebenso wenig können sie vom Papst oder den Bischöfen irgend eine Anerkennung, Genehmigung oder die Zurücknahme dieser oder jener Rundgebungen verlangen. Dieser Standpunkt, der, nebenbei bemerkt, von dem Vorsitzenden eines christlichen Gewerkschaftsverbandes, der selbst evangelisch und Mitglied der nationalalliierten Partei ist, in einem Schreiben an den Vorstand des Gesamtverbandes besonders scharf vertreten wurde, dürfte doch allgemein einleuchten. Von einer Unterordnung evange-

lischer Arbeiter unter die „wirtschaftliche Oberhoheit Roms“ kann jetzt und wird auch in Zukunft keine Rede sein.

Aus der hier geschilderten Sachlage erklärt sich auch der Beschluß der christlichen Gewerkschaften, im gegenwärtigen Stadium den Streik keinen außerordentlichen Gewerkschaftskongress abzuhalten, die Sache vielmehr für den Anfang Oktober in Dresden stattfindenden ordentlichen Kongress zu verschleppen. Nachdem der Ansturm der Berliner Hintertreppenspolitiker abgeschlagen, nachdem die für die katholischen Arbeitervereine beider Richtungen, „München-Glabbach“ und „Sieg Berlin“ maßgebenden kirchlichen Instanzen den Streitgegenstand, der in der unterschiedlichen Stellung der genannten Vereine zu den christlichen Gewerkschaften besteht, „in erste und wohlwollende Verhandlung genommen“, hätte ein Kongress vor dem Bekanntwerden des Resultats dieser Verhandlungen keinen Zweck gehabt. Die christlichen Gewerkschaften haben selbstverständlich ein sehr großes Interesse daran, daß die fortgesetzten Beunruhigungen ihrer katholischen Mitglieder durch die katholischen Fachabteilungen und deren Ökumenen und Helfer endlich aufhören.

Daß sich die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften infolge der Nichtabhaltung des außerordentlichen Kongresses abhaken nicht in einer „eigenartigen Situation“ befinden, mag man daraus ersehen, daß der letzte Beschluß des Vorstandes des Gesamtverbandes einlimmig gefaßt wurde, und daß, was noch hinzugefügt sei, zwischen den evangelischen und katholischen Vorstandsmitgliedern des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften während des Streiks der letzten Wochen in allen Fragen und zu jeder Zeit vollständige Übereinstimmung besteht.

Das „Berliner Tageblatt“ macht evangelischen Führern in der christlichen Gewerkschaftsbewegung den Vorwurf, sie wären vor Rom „ins Maulschloß getrocknet“. Das genannte Blatt wird gut tun, die Psychologie von Schnorrern, die heute mit alten Kleibern, morgen mit Talg und Fellen und übermorgen mit faulen Industriewerten handeln, nicht als Maßstab für die Psychologie der christlichen Gewerkschaftsführer anzuwenden. Die christlichen Gewerkschaften mit ihren 360 000 Mitgliedern bedeuten für uns ein Stück Lebensarbeit. Und im Anschluß wie im Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ist kein Führer, der nur im entferntesten daran denkt, die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften oder gar ihre Existenz preiszugeben. Im übrigen werden wir uns bei allen Maßnahmen leiten lassen von dem großen Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den 360 000 Mitgliedern, von denen jedes einzelne im Kampf oder in mühsamer Kleinarbeit gewonnen werden mußte und nicht von den „guten Tatsachen“, wie sie uns das „Berliner Tageblatt“ und der „Vorwärts“ zurzeit aus recht durchsichtigen Gründen heraus erteilen.

Zur Generalversammlung.

Einer der wichtigsten und heißumstrittensten Punkte auf der diesjährigen Generalversammlung wird wohl die Beitragsfrage werden. Jedenfalls wird es allen einseitigen und gewerkschaftlich gefälschten Arbeitern begreiflich sein, daß eine Erhöhung der Beiträge eintreten müßte, aber man soll diese Frage auch einmal von einem anderen Standpunkte aus betrachten. Eine Erhöhung der Beiträge wird die Agitation unter den Unorganisierten sehr erschweren. Gerade in unserer Gegend sind die Löhne der Metallarbeiter nicht hoch. Stundenlöhne von 32—35 Pfg. für gelernte Schlosser sind an der Tagesordnung. Für nicht gelernte Arbeiter wird der Lohn nur in seltenen Fällen 32 Pfg. übersteigen. Das würde bei einer 10-stündigen Arbeitszeit, welche in den Wintermonaten noch oft auf 8, ja bis auf 7 Stunden fällt, im allergünstigsten Falle einen Jahresverdienst von 960 M. ausmachen. Eine Familie von 5 Köpfen muß aber zum notwendigen Lebensunterhalt wenigstens 1050—1100 M. gebrauchen. Folglich ist eine solche Familie auf Mitarbeit der Frau angewiesen, oder sie muß an Unterernährung leiden. Es ist begreiflich, daß es diesen Kollegen schon schwer wird, die Beiträge zu erbringen, und wenn es sich nur um Groschen handelt. Wenn Kollege M. Sch. Ludwigshafen anführt, daß Kollegen mit einem Verdienst von 2—2,60 M. den Beitrag gern zahlen, kann man sich doch entgegenstellen, daß auch unsere Kollegen an Opferstirn wohl nicht hinter anderen zurückbleiben; aber man muß nichts Unmögliches verlangen. Vielleicht ginge es, daß in besser gelohnten Gegenden höhere Beiträge gezahlt würden. Sehr annehmbar scheinen mir auch die Ausführungen des Kollegen C. G. Mühlhausen.

Sollte es jedoch zu einer Erhöhung der Beiträge kommen, so bitte ich, die Krankenunterstützung auch auf die zweite Woche auszudehnen; denn gerade die Zahlung der Krankenunterstützung für die zweite Woche ist für die „Freien“ ein großes Zugmittel in der Agitation. Für die Arbeiterschaft ist es besonders schwer, sich in den ersten Tagen durchzuschlagen, da in den meisten Fällen auch eine dreitägige Karenz von Seiten der Krankenkassen innegehalten wird. Wohl bin ich mir bewußt, daß diese Einschränkung der Karenzzeit der Hauptursache sehr große Mehrausgaben verursachen wird, jedoch wird diese Mehrausgabe jedenfalls durch größeren Mitgliederzuwachs wieder ausgeglichen werden. Andererseits wird man aber die Möglichkeit haben, etwa wankelmütige Kollegen als Gegenleistung für den erhöhten Beitrag auf die Verkürzung der Karenzzeit in Krankheitsfällen hinzuweisen.

Zweck dieser Zeilen soll nicht sein, die Delegierten einseitig zu beeinflussen. Diefelben haben das Vertrauen aller Kollegen; daher ist es ihre Pflicht zu wägen und zu prüfen, und nur solchen Anträgen und Beschlüssen zugustimmen, die geeignet sind, den Verband auch fernerhin zu kräftigen und zu stärken nach innen und nach außen. S. K., Wolfenbüttel.

Die bis jetzt erschienenen Zuschriften zu unserer Verbands-generalversammlung beschäftigen sich in erster Linie mit der Frage einer Beitragserhöhung. Das ist verständlich. Denn in einer Zeit, wo eine allgemeine Teuerung herrscht, wo die Wohnungsmieten und die Steuern ebenfalls keine fallende Tendenz aufweisen, da spielt jeder Beitrag im Arbeiterhaushalt eine Rolle. Zunächst sollte man meinen, daß in einem Verband, welcher im abgelaufenen Jahre noch über 100 000 M. dem Meierbefonds zuführen konnte, eine „Finanzreform“ gar nicht so dringlich sei. Der Hinweis auf die Tatsache, daß das Vermögen gegen früher gesunken ist, beweist m. E. nur, daß mit Zahlen alles und gar nichts bewiesen werden kann.

Will man aber den Beitrag erhöhen, dann muß man schon andere Vorwände anführen, wie der Kollege, welcher die Diskussion eröffnet hat. Er wird wohl in Nachen selber nicht sehr viele Kläuber finden, wenn er sagt, die Noten zählen 70 Pfg., dann können wir doch nicht zurückbleiben. Wenn die Noten beispielsweise einen Pfusch vom Baune brechen, wie letzthin an der Ruhr, wird doch kein vernünftiger Mensch uns zumuten, daselbe zu tun. Der Kollege St. von Bern legt den Finger auf die wunde Stelle, die bei der Beitragserhöhung für die Kollegen, welche in der Kleinagitation stehen, in die Erscheinung tritt — nämlich die Erschwerung der Agitation. Es ist erstaunlich, wie leicht sich die Beamten, welche für die Beitragserhöhung agitieren, über diesen Punkt hinwegsetzen. Ja, wenn die Kleinagitation und das Einfasseren so leicht wären, wie man am grünen Tische ausmacht. Schöne Befehrlungen schreiben, wie man Agitation betreiben muß, ist sehr leicht, aber die rauhe Wirklichkeit ist eben ganz anders.

Aus diesem Grunde erlaube ich mir einen anderen Vorschlag zu machen, auf Grund der Ausführungen, die Kollege Wieber auf der Konferenz des Bezirks Südbayern in München gemacht hat. Kollege Wieber führte für die Notwendigkeit der Beitragserhöhung die Tatsache an, daß wir durchschnittlich nur 43 Beitragsmarken haben, während mindestens ein Durchschnitt von 48 Marken pro Jahr und Mitglied gefordert werden müßte. Wenn wir zu dem Resultat kommen würden, kämen wir, so meinte Kollege Wieber, ohne eine Beitragserhöhung aus. Ich glaube, wenn der Haken da liegt, dann ist es doch vollständig falsch, den Beitrag zu erhöhen, und jene Kollegen, die ihre Beiträge pünktlich bezahlen, gleichsam zu strafen für jene, die in diesem Punkte nachlässig sind. Warum macht man denn nicht den Vorschlag, bei uns dieselbe Einrichtung zu treffen, wie sie der christliche Bergarbeiterverband getroffen hat?

Wie ich früher einmal im Zentralblatt gelesen habe, hat der christliche Bergarbeiterverband die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung den Ortsgruppen abgenommen und besorgt dies von der Zentrale aus. Dadurch ist eine schärfere Kontrolle von selbst gegeben und es würden die Beiträge pünktlich eingehen, weil die Kollegen wüßten, daß sie sonst keine Unterstützung erhalten. Es kann dadurch aber auch verhindert werden, daß Unterstützung ausbezahlt wird, die nicht angebracht ist. Wenn auf der damaligen Generalversammlung der Bergarbeiter festgelegt werden konnte, daß zirka 70 000 M. dem Gewerksverein dadurch gerettet worden sind, so ist dies jedenfalls wert, daß unser Hauptvorstand sich mit der Sache etwas näher befaßt.

Jedenfalls ist es besser, wenn auf diesem Wege eine Verstärkung des Meierbefonds zu erreichen ist, als daß man zu einer Beitragserhöhung greift und eine Rückwärtsbewegung in

Heimatliche Arbeiterkurse.

Von Dr. E. Sonnenschein (M.-Glabbach), Leiter des Sekretariats Sozialer Studentenarbeit.

(Schluß.)

Geradezu notwendig ist derartige Vorbildung für die vielen Mitglieder bei uns, die irgendeine Stellung im Vereinsleben einnehmen wollen oder einnehmen. Das Vorstandsmitglied, der Vertrauensmann, der Sekretär, der Kartellvorsitzende, der Kassierer, der erste oder zweite Vorsitzende, ja, das alles müssen Leute sein, die mit dem Kopf, dem Wort und der Feder Bescheid wissen, Leute, die auch geistiges Interesse haben, Leute, die auch mit Menschen anderer Stände irgendwie verkehren können. Das Lernen sie auch im Heimatlichen Arbeiterkursus. Studenten und Arbeiter treten dort einander näher und lernen ihre gegenseitigen Formen verstehen.

Alles schon Gründe, die für unsere Kurse sprechen. Der durchschlagendste aber ist folgender. Wenn wir uns heute in den gebildeten, heijenden und jührenden Kreisen umsehen, so erschrecken wir über das Maß des Unverstandes, der Borntheit, der Unkenntnis, der mangelhaften Belehrung über und auch der mangelhaften Interessierung für unsere Angelegenheiten. Wieviel tausend Menschen in diesen Kreisen leben ihr Leben, ohne von unseren Kämpfen, von unserer Not, von unsern Plänen, von unsern Gedanken, von unsern Tugenden, von unsern Fehlern, von unserer ganzen Welt etwas zu wissen. Was man aber nicht weiß, dafür kann man sich nicht interessieren. Ißts daher zu verwundern, daß wir in den Kreisen bisher so wenig Verständnis gefunden haben. Das hat denn bis vor einigen Jahren in diesen Kreisen christlich-nationale Arbeiterbewegung, konfessioneller Arbeiterverein, unsere Gewerkschaftsbewegung gegolten? Geltung in den Kreisen ist aber eine Macht im Staat. Bündnis mit Männern der Feder, Sympathie in der öffentlichen Meinung, anerkannter Wert der arbeitenden Männer ist nicht zu verachten. Das ist oft der halbe Sieg. Wollen wir das haben, dann müssen wir zu wirken, wo wir die Studierenden erfassen können. Sie müssen

frühzeitig unsere Gedankengänge kennen lernen, frühzeitig zu uns kommen. Es ist auch gar kein Wunder, daß aus den Kreisen bisher so wenig praktische Mitarbeit gefloßt wurde. Wo sind heute die Vortragenden aus den gebildeten Kreisen die mit uns gehen? Was für ein Jammer vielfach unser Vortragswesen. Bei den Saaren müssen sie herangezogen werden. Die Vorsitzenden unserer Vereine, der Arbeiterssekretär, der Gewerkschaftsbeamte. Jammer wieder dieselbe Liste, immer wieder dieselben überlasteten Persönlichkeiten. Das kann so nicht weiter gehen. Wir bedürfen der Mitarbeit frischer Kräfte, die aus den andern Berufen kommen. Das entspricht auch einem Gedanken christlicher Reputationspflicht. Also die andern, vor allem die Universitätskreise müssen zu uns herüberkommen.

Man hat sich aber als einer der erfolgreichsten Wege dieser geistigen Annäherung erwiesen das akademische bzw. studentische Arbeiterbildungsweien. Studenten, die in ihrer Fachausbildung noch nicht fertig sind, sind demnach in handarbeitende Berufe zu schicken, um dort in den elementaren Wissensgebieten nützlich zu sein. Und mehr wollen die jungen Leute ja auch nicht. Sie wollen nicht, da sie selbst noch unfertig sind, mit Kenntnissen prahlen, sie wollen höflich und bescheiden geben, was sie besitzen, sie wollen sich nützlich machen und nicht das Volk durch Bequemlichkeit und Nichtstun verlegen. Sie wollen den Weg zu uns gehen, um auf Grund dessen, was sie bei uns erfahren und hören, später gemeinnützig in Staat und Kirche wirken zu können. Nehmen wir diesen guten Willen entgegen.

III.

Es erhebt als drittes die Beantwortung der Frage, was wir unsererseits zu tun haben, damit in den bevorstehenden Wochen der Arbeiterbewegung recht in Fluß kommt. Der Arbeiterssekretär Halber darf ich die einzelnen Forderungen die wir an uns zu stellen haben, hintereinander folgen lassen.

1. Jeder Leser dieses Blattes, der mitwirken möchte, daß Arbeiterkurse zustandekommen, schreibe heute noch eine Postkarte an das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“, M.-Glabbach, Kurze Str. 10, und teile uns mit, daß wir auf ihn rechnen können. Er teile uns weiter mit, mit wem am Orte

wir uns in Verbindung setzen sollen, damit aus der Sache etwas wird, damit neue Kurse eingerichtet und bestehende Kurse weiter gefestigt werden. Er verlange gleichzeitig unser Drucksachenmaterial über Heimatliche Arbeiterkurse.

2. Jeder Leser dieser Zeilen erkundige sich bei dem Vorsitzenden der Organisation oder des Vereins, dem er angehört: Was tut unsere Organisation am Orte, unser Kartell, unser Verein, unser Sekretariat, unser Auskunfts-Bureau zur Förderung dieser Heimatlichen Arbeiterkurse. Haben wir schon einmal über die Kurse in unserer Organisation Vortrag halten lassen? Haben wir uns schon einmal um Abreisen von Studierenden bemüht, die diesen Vortrag halten könnten und die später in den Kursen arbeiten würden. Oder haben wir bisher geschlafen?

3. Jeder Leser dieser Zeilen überlegt mit seinen Bekannten, ob die Vertrauensmänner, die Kassierer, die Vorstände seines Vereins oder seiner Organisation schon ange-regt worden sind, einen solchen Kursus mitzumachen. Er überlegt ferner, ob sich da kein Lokal finden läßt. Einer unserer besten Freunde ist vielleicht Gemeinderat oder Stadtrat. Könnte die Gemeindeverwaltung nicht eine Schule zur Verfügung stellen? Wenn nicht, welche Organisation kann ihr Lokal hergeben?

4. In den nächsten zwei Wochen muß alsdann eine Besprechung einberufen werden, zu der die Vorstände sämtlicher örtlichen vollständigen Vereine eingeladen werden, für deren Mitglieder die Kurse Bedeutung haben. Es darf kein Verein ver-gessen werden, kein Vorsitzender, kein Präses, kein Arbeiterssekretär, kein Gewerkschaftsbeamter. Jeder muß helfen und raten, damit die Sache in Schuß kommt. Gleichzeitig müssen die Verbindungen zu den Studenten gesucht werden. Das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ steht hierfür in weitgehendster Weise zur Verfügung. In Bezirken, in denen es an Studenten fehlt, können auswärtige Studenten die Unterrichtsarbeit übernehmen. Für diese muß dann im all-gemeinen Kost und Logis beschafft werden. Diese Art der Kurs-tätigkeit wird nur in einzelnen Fällen nötig sein. Im all-gemeinen werden sich in örtlichen Bezirken Studenten finden, mit denen man anfangen kann.

der Mitgliederzahl erzielt. Die Nebenart, was die Genossen bezahlen, müßte ihr auch bezahlen, ist falsch, denn es ist doch wohl für jeden, der die gewerkschaftliche Entwicklung verfolgt hat, außer allem Zweifel, daß die Raten nicht zu viele Mitglieder hätten, wenn sie nicht den Zwang und Terror anwenden würden.

Mit dem Vorschlage des Kollegen St. aus Herne, betr. Führung der Lokalfassungen, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Gerade in manchen kleineren Ortsgruppen, wo die Mitglieder sehr weit auseinander wohnen, ist es gar nicht gut möglich, daß man Vertrauensmänner zum Einfassieren findet, wenn man ihnen nicht eine kleine Entschädigung gewährt. Dies würde aber unmöglich werden, sobald die Prozente der Lokalfassungen gekürzt werden, da ja die Lokalfassungen auch noch sonstige Ausgaben haben und von den 15% die Hälfte an den Bezirk abliefern müssen.

Möge es der Generalkonferenz gelingen, hier einen Weg zu finden, der einerseits dem Interesse der Lokalfassungen, andererseits auch dem in der jetzigen Zeit ziemlich leeren Geldbeutel der Kollegen gerecht wird.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Flaute Stimmung, im Anfang schwach, später etwas erholt, aber umgekehrt, so lauten die täglichen Börsenberichte der Handelsblätter. Man ist vorsichtiger geworden und sehr Zweifel in den Bestand der jetzigen Hochkonjunktur. Die Diskontermäßigung der Reichsbank hat keinen großen Eindruck gemacht, schon eher der günstige Ausweis, der von ihr erstattet wurde. Wenn ausländische Wäpfer von einer Kreditkrise in Deutschland sprechen, so ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Auf die verschiedenen Variationen hin sind tatsächlich die Banken etwas vorsichtiger und zurückhaltender in ihrer Kreditgewährung geworden, aber weit entfernt, tatsächlich zu wirken, dürfte dieses Verhalten eher eine solidere Fundamentierung unserer gesamten Wirtschaftslebens schaffen. Der Geldmarkt ist seit unserem letztem Bericht etwas schlaffiger geworden.

Große Sorge verursacht den maßgebenden Kreisen der stetig weichernde Kurs unserer Staatspapiere, er hat einen Tiefstand erreicht wie nie zuvor. Wenn diese Erscheinung auch nichts neues ist, so überrascht doch der außerordentlich jähe Fall den unsere Anlagewerte in den letzten Monaten erlitten haben. Die 3prozentige Reichsanleihe stand am 31. Dezember 1911 auf 82,85, Mitte Juni ein wenig über 80 (80,03). Auch die 3 1/2- und 4prozentigen Papiere sind ähnlich zurückgegangen. Die Entwicklung der Kurse bedeutet natürlich für manche einen enormen Verlust — für alle die, welche die Staatspapiere zu einem höheren Kurs gekauft haben und nun aus irgend einem Grund gezwungen sind, zu verkaufen. Die Ursache dieser wegen der Zinsvertenerung besonders für den Staat höchst unerfreulichen Erscheinung liegt einmal in der jahrelangen Ueberschneidung des Marktes mit Anlagepapieren jeder Art — mit Staats-, Provinzial-, Kommunalobligationen — und dann in einem zu niedrigen Zinsfuß. Die jetzige Hochkonjunktur hat in den Industriebörsen gewaltige Kurschwankungen gebracht — ich erinnere nur an die Steigung der Aktien der Wagfabriken Maschinenfabrik — und gewaltige Gewinne sind realisiert worden. Die Staatsanleihen versprechen in den seltensten Fällen einen nennenswerten Spekulationsgewinn, was sie bieten ist in erster Linie Sicherheit. Dieses Moment hat aber bei dem Jagen nach wahren Gewinn, bei dem allgemeinen Vertrauen auf unsere Industriebörsen stark an Bedeutung und Zugkraft eingebüßt. Ein Umschlag der Konjunktur kann allerdings leicht eine umgekehrte Entwicklung bringen. Ob ein solcher in nächster Zeit zu erwarten ist, lasse ich dahingestellt. Manche Momente sprechen für, manche gegen diese Annahme. Gegen sie sprechen die ständig wachsenden Einnahmen des Reichs aus Zöllen u. a., die günstigen Verkehrsbeziehungen der deutschen Eisenbahnen. Diese betragen im Mai d. J. aus dem Güterverkehr 176 Mill. Mark, d. i. gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme von 8 Mill., noch günstiger stellen sich die Einnahmen aus dem Personenverkehr; sie betragen im Mai d. J. 89, im Mai 1911 nur 74 Mill. Mk. Für einen in absehbarer Zeit zu erwartenden Umschlag der Konjunktur sprechen die Berichte des Kohlenhandels. Nach diesen geht der Absatz nicht mehr so flott von statten wie bisher und es ist deshalb, wie die „Köln. Volkszeitung“ berichtet, eine Einschränkung der Förderung im Juli und August geplant. Daß der Absatz nach dem Auslande zurückgegangen ist, kann nicht Wunder nehmen und darf wohl in erster Linie der nun wieder leistungsfähigen englischen Konkurrenz zugeschrieben werden, die für das Kohlenhandels übrigen auch in Deutschland selbst in letzter Zeit recht empfindlich geworden ist.

5. Da studentische Arbeiterkreise eine studentische Initiative darstellen, so wollen wir von Anfang an darauf sehen, daß unsere Beziehungen zu den Studierenden die richtigen sind. Die Studenten, die Unterricht geben, sind nicht von uns angehende Beamte, sondern freie junge Menschen, die aus Interesse zu uns kommen. Wir werden also die ganze Angelegenheit mit ihnen gemeinsam betreiben. Wir werden mit ihnen überlegen und in die Arbeit uns teilen. Studenten sind dankbar dafür, daß während ihrer Abwesenheit in die Universitätsstadt wir bereits die Vorarbeiten übernehmen. Ich betone die gegenseitige Achtung nur, damit nicht eventuelle Verkaufsanfragen, Aufrufe und Zirkulare nachher auf einen Ton gestimmt sind, der zu Mißverständnissen führen kann.

6. Die erwähnte Besprechung überträgt die Vorbereitung der Kurse entweder einer besonders gewählten Kommission oder der schon am Orte bestehenden Sozialen Kommission, die ihrerseits mit der zur Arbeit bereiten studentischen Gruppe zusammenarbeitet. Man läßt in den einzelnen Vereinen über die Sache Vertrag halten, man bittet die einzelnen Vereine finanziell zu helfen, man läßt Listen zirkulieren für diejenigen, die am Kurse teilnehmen wollen, man sorgt für das Lokal, man agitiert in der Presse. Damit sind die Vorbereitungen erledigt, und die Kurse selbst, die mindestens zehn Abende umfassen, können einsehen.

Zum Schluß dieser Ausführungen gestatte ich mir die Bitte, dem oben genannten Sekretariat sowohl über die Einrichtung der Kurse wie auch nachher über ihren Erfolg gütig Mitteilung machen zu wollen. Uns interessieren sowohl die Adressen der Studierenden, die Unterricht geben, wie auch Zahl der Teilnehmer und die Gegenstände, die behandelt worden sind! Nun frisch ans Werk! Es wird uns allen nützen, wenn wir mit denen zusammen frohe Arbeit tun, in deren jugendlich leuchtenden Augen sich die Zukunft spiegelt. Wieviel helle Träume werden in unseren Seelen wieder wach, wenn wir neben denen stehen, die aus der ungetrübten Kraft schlüpfender idealer Auffassung heraus in die Welt schauen und ihren Pflichten dienen wollen.

Die hinreichende Versorgung der Industrie mit Eisen ist wohl eine der Fragen, die nicht nur sie selbst, sondern die gesamte Volkswirtschaft überhaupt interessiert. Zwar ist Deutschland selbst keineswegs arm an diesem wichtigen Rohstoff, aber seine Förderung reicht doch zur vollen Bedarfsdeckung lange nicht aus; aus Spanien, Schweden, Frankreich werden jährlich gewaltige Mengen eingeführt. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie bezog 1909 51,5 Mill. To. aus Deutschland und 63,6 Mill. To. aus dem Auslande. Die oberschlesische Eisenindustrie verarbeitete von Deutschland 4,1 Mill. To. und vom Auslande 6,4 Mill. To. Überschleifen ist im Bezug von Eisen aus leicht ersichtlichen Gründen am schlimmsten daran. Hier wie übrigens auch am Rhein besteht das Bestreben, sich durch Anlauf von Bergwerken im Auslande von Lieferanten unabhängig zu machen. Zu diesem Zwecke hatte die Oberschlesische Oberbedarf-V.G. gemeinschaftlich mit der Donnermarzwerke in Norwegen ein Bergwerk gekauft, das trotz gewaltiger Auswendungen einen rentablen Betrieb nicht gestattet. Der Schaden, den die beiden Werke, insbesondere Oberbedarf, hat, ist sehr groß. Uebrigens ist gerade der Bezug ausländischer Erze für die oberschlesische Industrie nicht mehr so unerlässlich wie früher; die hier schon beschlossene Lieferung der Siegerländer Erzebergwerke, für welche die Eisenbahn einen Anzahnmetarif bewilligt hat, scheint gut zu funktionieren und befriedigt beide Teile.

Die Einfuhr Deutschlands an Eisen hat im April einen gewaltigen Rückgang erfahren; sie fiel von annähernd 61.000 To. auf ca. 50.000, im Mai nun ist sie wieder auf 65.000 To. gestiegen, d. i. 2000 To. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Ausfuhr ist, nachdem sie im April stark gestiegen ist, im Mai wieder etwas zurückgegangen; von ca. 498.000 To. im April ist sie auf 486.000 To. im Mai gesunken. Fast in allen Warengruppen ist sie im Vergleich zum letzten Jahr gestiegen, am auffallendsten bei Stabeisen. Im Mai 1911 betrug sie 57.555 To., im gleichen Monat d. J. 72.320 To. Diese Entwicklung ist ein beachtliches Zeichen für die vorzügliche Aufnahmefähigkeit des Auslandes gerade für diesen Artikel. Die Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien ist dem gegenüber zurückgegangen, aber nur für den Mai; von Januar bis Mai beträgt sie etwa gleichviel wie in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Roheisenerzeugung Deutschlands und Luxemburgs weist gegen den April und den Mai des vorigen Jahres eine recht erhebliche Steigerung auf; sie betrug insgesamt 1.463.610 To. Die Gesamterzeugung in den verfloffenen fünf Monaten übersteigt die des Vorjahres um über eine halbe Million Tonnen. Der Roheisenverband spricht sich über die Lage des Roheisenmarktes sehr zuversichtlich aus; der Auslands- und Inlandsabsatz sei sehr befriedigend. Nebenbestellungen sind zwar nicht bedeutend, da sich die meisten Verbraucher bis Ende dieses Jahres eingedeckt haben.

Die Berichte aus unseren Industrien lauten im allgemeinen sehr befriedigend; die Ruhe die momentan verschiedentlich eingetreten ist, wird mit dem starken Ansturm in den vorhergehenden Monaten und der Jahreszeit zu erklären gesucht. Der Vorstand des Stahlwerksverbandes hat im Mai erheblich zugenommen und zwar gegen den April d. J. wie auch gegen den Mai des Vorjahres; besonders stark ist er in Falzzeug gewachsen, aber auch Eisenbahnmaterial und Formeisen partizipieren, an der Vermehrung. Die gesamte Produktion des Verbandes weist im Mai wieder eine starke Steigerung auf; die vom März konnte sie aber nicht erreichen. Sie betrug 536.000 To. gegen 468.000 im April und 532.000 To. im Mai des Vorjahres. Das Inlandsgeschäft in Halbzeug ist sehr lebhaft, auch das Auslandsgeschäft läßt nichts zu wünschen übrig; das gleiche gilt für schweres Oberbaumaterial, in dem Baden und Württemberg mit beträchtlichen Nachbestellungen hervorgetreten sind. Gruben- und Signalmaschinen sind nach wie vor sehr lebhaft gefragt. Die Grundpreise für Formeisen sind vom Stahlwerksverband erhöht worden. Im allgemeinen herrscht für die Entwicklung der schweren Industrie eine ziemlich günstige Meinung; man hofft, daß die angenommenen Wehrvorlagen ihr ebenfalls Aufträge bringen werden.

Der Markt in B-Produkten ist durchweg gleich günstig geblieben. Nur vom Stabeisenmarkt bringen Nachrichten durch, die geeignet sind, Mißstimmung hervorzuufen und tatsächlich auch schon beunruhigt haben. Manche Werke sind nämlich in ihren Preisen zurückgegangen. Die Beschäftigung ist ja bis jetzt sehr gut, aber nichts ist geeigneter, die Aufträge zurückzuhalten, als wachsende Preise. In Fein-, Mittel- und Grobblechen herrscht lebhafteste Beschäftigung bei durchaus festen Preisen. Die Preise für Drähte und Drahtstühle konnten sich etwas heftigen, dagegen ist in der Röhrenindustrie eine weitere Befestigung nicht eingetreten. Der Walzdrahtverband hat die Preise um 5 M. pro Tonne erhöht. Der Stahlwerksverband hat einen letzten Beschluß für die B-Produkte gefaßt — die 50prozentige Dotonerhöhung aufzuheben und den Verkauf für die letzten drei Monate des alten Stahlwerksverbandes freizugeben. Praktisch ändert dieser Beschluß an dem jetzigen Zustande nichts.

Die Ansichten auf die erwählte Kartellierung der B-Produkte sind gerade keine günstigen. Der anfänglich zur Schau getragene Optimismus ist rasch verfliegen und hat begründeten Zweifeln Platz gemacht, ob sie überhaupt zu erreichen ist. Die Produzenten von Stabeisen und Blechen verhalten sich bis jetzt durchaus ablehnend — die günstige Marktlage ist kein günstiger Boden für Kartellbestrebungen. Ob die Erneuerung des Stahlwerksverbandes zustande kommt, ist angesichts der übertriebenen Quotenforderungen der einzelnen Werke fraglich. Günstiger für eine Kartellierung scheinen die Verhältnisse auf dem Röhrenmarkt zu liegen — die dahin gehenden Bestrebungen der Thyssenschen Gruppe habe ich schon früher erwähnt. Die Köln. Volkszeitg. berichtet nunmehr, daß an einen engeren Zusammenschluß nicht zu denken sei; bis jetzt sei es noch nicht einmal gelungen, die am 10. Mai beschlossene Preiserhöhung durchzuführen. Die Gasröhrenwerke hätten am 21. Juni in Düsseldorf eine Zusammenkunft, die die Unmöglichkeit eines engen Zusammenschlusses für absehbare Zeit klar ergeben hat. Die jetzige soje Vereinbarung, die in die Preise statuiert hat, bleibt bestehen.

Bis September verlängert hat sich die süddeutsche Trägerhändlervereinigung; es sind Bestrebungen im Gange, die verschiedenen Gruppen der Trägerhändlerkonventionen enger aneinander zu schließen. Auf dem Gebiete des Kartellwesens besonders interessant sind die internationalen Kartelle, von denen die Metallindustrie zwei besitzt: den internationalen Schienenverband und den Trägerverband. Der erstere wurde schon auf drei Jahre verlängert und zwar von den Produzenten Englands, Amerikas, Deutschlands, Frankreichs und Belgiens. Ueber die Organisation dieser internationalen Kartelle ist leider nicht viel bekannt, nur das eine weiß man, daß die verschiedenen Länder bestimmte Abgabengebiete zuerteilt bekommen; im übrigen aber ist unbekannt,

ob eine Preisnormierung, eine Contingentierung oder sonst welche Vereinbarungen bestehen.

Die gute Konjunktur der Metallindustrie ist keine spezifische Erscheinung Deutschlands. Oesterreich, Belgien, Frankreich und die Vereinigten Staaten berichten über ähnliche Konjunkturen. In Oesterreich haben die großen metallindustriellen Unternehmungen vorzüglich abgescloffen. Das österreichische Exportatell hat erst neulich eine Erhöhung der Stabeisenpreise festgesetzt, für die übrigen Produkte sah man davon ab. Aus Frankreich wird ein bisher noch nie dagewesener Beschäftigungsgrad gemeldet, so daß vielfach Arbeitermangel herrscht. Die Werke können die erweiterten Aufträge nicht ausführen; Bestellungen, besonders von B-Produkten aus England und Belgien sind daher trotz des hohen Holzpreises nicht selten. Die Preise sind — entgegen langjähriger Erfahrung — sprunghaft in die Höhe gegangen. An der guten Beschäftigung nehmen alle Zweige der Metallindustrie teil. Daß Belgien von der allgemeinen Konjunktur keine Ausnahme macht, wurde hier schon öfters erwähnt; die Preise für Halbzeug sind erneut in die Höhe gesetzt worden und zwar um 7,50 Frs. pro Tonne. In den Vereinigten Staaten herrscht wieder heller Optimismus; nach dem Bericht des Iron Age nimmt der Stahlmarkt sogar Neubauten vor. Mag in manchen Zweigen das Geschäft auch ruhiger liegen, so herrschen doch überall feste Preise, die eher nach oben als nach unten tendieren.

Trotz aller guten Meldungen macht sich an der Börse ein gewisses Mißtrauen bemerkbar, die Gründe sind allerdings nicht feststellbar. Die nächste Zeit muß über die weitere Entwicklung Klarheit bringen, ob wir den Kulminationspunkt der Hochkonjunktur überschritten haben oder noch in derselben sind.

Eine Massenfundgebung der christlich-nationalen Arbeiterchaft Unterbadens.

„Den Eindruck konnte man nicht unterdrücken, daß es sich hier um einen großartigen Aufbruch handelt in der christlich-nationalen Arbeiterchaft. Denn eine Massenbegeisterung, wie sie gestern in Kirrlach unter den Arbeitern und Arbeiterinnen zu Tage trat, kann nicht ohne gute Früchte bleiben.“ In diesen zwei Sätzen faßt der „Badische Beobachter“ kurz und treffend den Eindruck zusammen, den die Massenfundgebung der unterbadischen christlich-nationalen Arbeiterchaft am Sonntag, den 23. Juni, in Kirrlach auf den Augen- und Ohrenzeugen machte. Etwa 10.000 Teilnehmer, Mitglieder konfessioneller Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und der christlichen Gewerkschaften, hatten sich eingefunden, einerseits, um vor aller Öffentlichkeit zu erklären, daß sie gewillt und entschlossen seien, die alte Massenbewegung zwischen konfessionellen Arbeitervereinen und interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften auch für die Folge zu pflegen, andererseits, um vor aller Öffentlichkeit einmütig scharfen Protest zu erheben gegen die von den Vertretern des „Berliner“ Systems gegen die christlichen Gewerkschaften erhobenen Verleumdungen.

Wir können an dieser Stelle über die Fundgebung natürlich nur im Auszuge berichten. Um 1 Uhr sammelten sich die Massen zu einer gewaltigen Demonstrationssammlung auf dem Marktplatz. Kopf an Kopf gedrängt füllten sie den weiten Platz. Die Freitreppe des Rathauses diente als Podium.

Etwas ganz Eigentümliches, so führte u. a. Herr Diszernpräsident Dr. Lehmann aus, ist diese Massenfundgebung der gewerblichen Arbeiterchaft auf dem Lande. Dadurch werden sichtbar unsere neuen Verhältnisse beleuchtet. Während man früher sagen konnte, die Landwirtschaft ernährt zum größten Teile das Volk, ist es heute so, daß nur noch ein Drittel von der Landwirtschaft leben kann; 40 und noch mehr Prozent leben von der Industrie. Die Industrie ist vielfach hinausgewandert auf das Land. Wir haben neue Verhältnisse bekommen und diese neuen Verhältnisse erfordern auch neue Wege in der Politik, in der sozialen Frage, im religiösen Leben und in der Pastoration. Der Arbeiterstand ist der Stand der neuen Zeit; 20 Millionen der deutschen Bevölkerung gehören heute dem Stande der Arbeiter an. Seine Lage ist bedeutend besser geworden und wer heute noch sagt, der Arbeiterstand ist die „Klasse der Proletarier“, der versteht nichts von unserer sozialen Lage. Bei den letzten Wahlen hat es über vier Millionen sozialdemokratische Stimmen gegeben. Wenn einer glauben wollte, diese Stimmenzahl sei allein das Werk einer maßlosen Verheerung, der verstände die Psychologie der Massen nicht. Ein großer Teil ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter unzufrieden sind mit ihren Verhältnissen.

Wir rühmen uns der Fortschritte des wirtschaftlichen Lebens, die durch nichts besser illustriert werden, als durch den Reichtum Englands. Wer hätte vor 30 Jahren geglaubt, daß wir ihm den Rang streitig machen im Welthandel? Nicht allein Kapital und Technik haben das geschaffen, sondern auch der Stand der Arbeiter hat dazu mitgeholfen. Jedem, was ihm gebührt, aber Kapital und Geist waren es nicht allein, die das Werk geschaffen, auch die Arbeiterchaft hat mitgearbeitet mit Fleiß und Energie. Darum verlangen wir, daß dem Arbeiter auch das gegeben wird, was ihm gebührt.

Das soziale Leben im Deutschen Reich ist eine Organisation, die lebt, die nicht zusammengeleitet ist wie eine Puppe, der man ein Glied wegziehen kann, ohne daß es ihr wehe tut. Die große Nation kann nur gesund sein, wenn der Arbeiterstand gesund ist. Das gilt auch von den Sitten und dem religiösen Leben. Im engsten Sinne des Wortes „national“ liegt es, daß der Arbeiterstand zu dem gelangt, was ihm gebührt. Was nützen die besten Kanonen und Flinten, wenn das Volk keine gefunden Kerzen hat? Wir können den nationalen Kampf nur durchführen, wenn wir ein Volk haben, das sittlich auf der Höhe steht.

Wer soll es aber machen. Der Staat allein? Nein! Wir haben gesunde Arme und Beine und einen ordentlichen Kopf; wir wollen uns auf eigene Füße stellen, wir wollen mit dem Kopf nicht durch die Wand, aber vorwärts!

Wir wollen uns organisieren, wir wollen persönliche Opfer bringen, wir wollen unsere christlich-nationale Arbeiterchaft zu einer Organisation machen, die etwas erreichen kann, die Herr werden kann gegen den großen Gegner, der gegen uns kämpft. Das wäre soziale Empfinden in anderen Ständen ist selten. Auch unter uns sind viele, die sagen, wir müssen zusammenhalten, aber es sind wenige da, die echt sozial gesinnt sind, die sich organisieren aus Liebe zum Stande. Ich möchte Sie davon überzeugen, daß die erste Stunde geschlagen hat. Redner weist hin auf die großen Fortschritte, die die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung gemacht hat. Die Sozialdemokraten sind schlau, sie verschleiern auf dem Lande ihre Ziele, sie gründen dort Vereine der roten Klotz, Arbeitergefangenvereine. Eine Menge von unseren christlich-nationalen Arbeiter schließt sich ihnen an und hilft so die Position unserer Gegner verstärken. Auch in den „freien“ Gewerkschaften sind viele von unseren katholischen Arbeitern. Die

frenen Gewerkschaften nennen sich heute wohl neutral, obwohl ihnen das Wort zu allen Knopfschloßern herauszuehen.

Ich freue mich, vor einer solchen Schaar katholischer und evangelischer Männer sprechen zu dürfen. Der hochwürdigste Herr Erzbischof hat mich beauftragt, Ihnen allen den Dank auszusprechen für Ihr mutvolles und energisches Verhalten, um Ihnen zu zeigen, daß der Herr Erzbischof auf Ihrer Seite steht und Interesse zeigt, für Ihre religiösen und sittlichen Bestrebungen. (Stürmischer Beifall.)

Nebener wies dann treffend die Notwendigkeit der Religion auch für den Arbeiter nach; selbst die Sozialisten sehen heute ein, daß es mit dem Materialismus allein nicht geht. Der Sozialdemokrat Hans Müller nennt die religiösen Motive den Motor der sozialen Entwicklung. Darum müssen wir darauf ansetzen, unsere Arbeiter in den konfessionellen Vereinen zu sammeln und sie zu stärken und zu stützen im religiösen und sittlichen Leben. Nur ein Arbeiterstand, der sittlich hochsteht, wird das anrichten, was ihm obliegt. Wir können uns aber nicht allein beschränken auf das religiöse und sittliche Leben.

Kein christlicher Mann sagt: Fügt euch! im Himmel wird alles vergolten! Man sagt nur: Wenn Ihr's nicht ändern könnt, dann ertragts! Nehmt aber Kopf und Hand zusammen und sucht die Leiden und Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Darum habe ich von Anfang an auf Seiten der christlichen Gewerkschaften gestanden. Sie sind so notwendig, wie die konfessionellen Arbeitervereine. Hier liegt unsere Macht. Wenn es nicht gelingt, eine Position zu schaffen, die einigermassen Stand halten kann den freien Gewerkschaften, dann arbeiten wir umsonst; dann werden unsere Arbeiter gezwungen werden, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen und dann wird allmählich das verloren, was wir an Religion und Sittlichkeit in ihre Herzen gepflanzt haben. (Sehr richtig!)

Heute ist es durch das sozialdemokratische Tarifvertragsmonopol in Baden schon so weit, daß kein christlich organisierter Arbeiter mehr einen Platz findet, weil die sozialdemokratische Organisation bestimmt hat, daß kein anderer als Freigewerkschaftler mehr eingestellt werden darf. (Wutruf.) Wir stehen aber in diesem Kampf nicht allein; von den 20 Millionen Arbeitern sind über eine halbe Million in den konfessionellen Arbeitervereinen und 360 000 in den christlichen Gewerkschaften organisiert und von den übrigen nur 2 Millionen in den freien Gewerkschaften. Von den noch unorganisierten 17 Millionen gehören sehr viele zu uns. Sie zu gewinnen muß unsere Aufgabe sein.

Weiter sprachen in dieser Versammlung noch die Kollegen Rott und Reinhardt, die zu energischer Werberarbeit für die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeiter- und Jugendvereine aufforderten. Auf dem Festplatz im Kirscher Wald hielt Herr Harter Nummer die Begrüßungsansprache, weiter sprachen hier die Kollegen Essing und Reichstagsabgeordneter Schiffer. Schiffer führte in seiner Rede u. a. aus:

Die Gegner jubelten zu früh! Die christlich-nationale Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung steht da als ein „Rocher de bronze“, wie ein Fels in der Brandung. Die mit uns befreundeten konfessionellen Arbeitervereine haben weit über 400 000 Mitglieder; die christlichen Gewerkschaften haben im vergangenen Jahre 35 000 und im ersten Drittel des laufenden Jahres weitere 10 000 Mitglieder gewonnen, sie zählen jetzt 360 000 zielbewusste Anhänger. Und alle diese organisierten Arbeiter sind durchdrungen von den Idealen des Christentums, der gegenseitigen Treue und der Opferwilligkeit für ihre gute Sache. Unsere Kassen sind nicht bankrott wie die der Berliner, unsere materiellen Leistungen können sich sehen lassen.

Wer die Unrichtigkeit der von den christlichen Gewerkschaften 1899 in Mainz aufgestellten Grundsätze anzweifelt, dem weisen wir energisch zurück. Wir erklären feierlich: Wir bleiben was wir waren: gute katholische bzw. evangelische Christen, die sich durch niemanden ihren Glauben und ihre religiöse Überzeugung nehmen lassen. Wir wissen, was wir unserm Herrgott und unserer Kirche schuldig sind. Da brauchen wir keine Belehrung von „Berlin“ und wir protestieren gegen die fortgesetzten Verdächtigungen und Verdrehungen von dieser Seite. Wir gehen nicht nach Berlin, aber auch nicht zu den Sozialdemokraten. (Beifall.)

Wir lachen über die beschwerlichen Fuchsbredigten der sozialdemokratischen Presse, welche die katholischen Arbeiter der Rebellion und Respektlosigkeit gegen ihre geistliche Obrigkeit bezichtigt und uns Vorlesungen darüber hält, was wir als gute Katholiken zu tun haben. Die Herrschaften sollen uns noch einmal mit Angriffen auf die Religion und ihre Vertreter kommen: wir werden ihnen ihre Artikel aus den jüngsten Tagen um die Ohren schlagen. (Beifall.)

Mein, wir gehen nicht nach „Berlin“! Wir gehen aber auch nicht zu den Sozialdemokraten! Deren Schadenfreude wird an der Geschlossenheit und Grundfesten, an dem Eifer und der unermüdblichen Werberarbeit der christlichen Arbeiter zerfallen. Wir sind im Kampfe groß geworden und werden auch aus diesem neu gefährdet und gestärkt hervorgehen. Nebener wies dann eingehend die bekannnten Verleumdungen der „Berliner“ zurück. Was unsere Bewegung wolle, sei eine vernünftige Gewerbe- und Industriepolitik; mit den „Berliner“ Volkenschaufelheim-Geiern sei in der Welt der rauhen Wirklichkeit nichts anzujagen. Darum könnten die Vorgänge der letzten Wochen an den Grundstößen und der praktischen Wirksamkeit unserer Bewegung nichts ändern.

Folgende Resolution fand darauf einstimmige Annahme: „Die christlich-nationale Arbeiterkraft Unterbadens, organisiert in konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften, zu einer großen Kundgebung von 10 000 Personen in Kirscher Wald versammelt, erklärt:

Wir stehen fest zu unserem Glauben, treu zu Gott und Vaterland. Gegenüber der religions- und staatsfeindlichen Sozialdemokratie haben wir uns zu entschlossener Abwehr vereinigt. Unsere Arbeiterinteressen vertreten und fördern wir mit gesetzlichen und legalen Mitteln. Unsere Organisationslehren die sogenannte „Berliner“ Fuchsbredigten-Abwehr, weil eine konfessionelle Absonderung im Wirtschaftsleben Deutschlands eine Utopie darstellt. Eine solche Abkühlung würde die christlich geistliche Arbeiterkraft zu Bedeutungslosigkeit verurteilen und lediglich den Feinden von Thron und Altar zugute kommen.

Aus diesen Gründen erheben die Versammelten scharfen Protest gegen die von den Vertretern des Berliner Systems gegen die christlichen Gewerkschaften erhobenen Angriffe und Verleumdungen. Die guten Beziehungen zwischen katholischen und evangelischen Arbeitervereinen einerseits und den christ-

lichen Gewerkschaften andererseits sollen aufrecht erhalten und weiter gefördert werden. Konfessionelle Stände- (Arbeiter-, Gesellen-, Jugend-) Vereine bleiben zwecks religiöser Festigung und Vertiefung und staatsbürgerlicher Schulung unserer Arbeiterkraft eine Notwendigkeit. Nicht minder aber auch die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften behufs Verteidigung der wirtschaftlichen Arbeiterrechte.

Die christlich-nationale Arbeiterkraft des Baden Landes hält daher an der unter vielen Mühen, Opfern und Kämpfen geschaffenen christlichen Gewerkschaftsbewegung unentwegt fest, da sich die Grundlagen derselben voll und ganz bewährt haben. Konfessionelle Arbeitervereine und christlich-nationale Gewerkschaften sollen nach wie vor nebeneinander, miteinander und füreinander wirken zum Segen unseres Standes und zum Wohle der Allgemeinheit.“

Aus der Arbeiterbewegung. Der Verband katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands

zählte nach seinem diesjährigen Jahresbericht 1040 Verbände mit 189 849 Mitgliedern. Der Zuwachs gegen 1910 betrug 81 Vereine und 18 547 Mitglieder. Nach der über das Kassensystem veranfalteten Erhebung verfügten die Vereine am 1. Januar 1912 über ein Barvermögen von 581 248 M. Das Inventarvermögen hatte einen Wert von 531 008 M. Die meisten Vereine haben ihr Vereinsvermögen zinsbringend angelegt. Es handelt sich hier nur um jenes Vermögen, welches den lokalen Vereinen zur Verfügung steht. Das Vermögen, welches die Bezirks- und Landesleitungen sowie die Verbandsleitung verwalten, ist nicht berücksichtigt. Was das Unterstützungs-wesen anlangt, so haben sich die meisten Vereine der Zentral-Krankengeld-Zuschußkasse Düsseldorf und der Leo-Sterbekasse Köln angeschlossen. Beide Kasseneinrichtungen sind selbständige Organisationen, die der staatlichen Kontrolle unterstehen und somit den Mitgliedern volle Garantie gewähren. Die Krankengeld-Zuschußkasse ist in 445 Vereinen vertreten. Sie zählte im verfloffenen Jahre an erkrankte Mitglieder der Arbeitervereine 385 076,39 M. Daneben zählten 33 Vereine für das Jahr 1911 25 710,48 M. Krankenunterstützung aus der eigenen Vereinskasse. Von 25 Vereinen wurden im verfloffenen Jahre 17 731,93 M. an Krankenunterstützung aus der Vereinskasse gezahlt, wofür besondere Beiträge von den Mitgliedern nicht erhoben wurden. Insgesamt wurde an Krankenunterstützung im verfloffenen Jahre die Summe von 438 519,16 Mark aufgebracht. Die Sterbekasse Leo ist in 354 Verbänden vereinen eingeschrieben. In Sterbegeld zahlte sie im verfloffenen Jahre an Hinterbliebene verstorbenen Vereinsmitglieder 59 055,01 M. 83 Vereine haben noch eine eigene Sterbekasse. Diese zahlten pro 1911 an Sterbegeld 30 305,65 M. 164 Vereine gewähren bei Sterbefällen eine Unterstützung aus der Vereinskasse, ohne besondere Beiträge zu erheben. 1911 waren es 26 025,40 M., die auf diese Weise aufgebracht wurden. An sonstigen Unterstützungen wurden im vorigen Jahre noch 1973,30 M. ausbezahlt. An Sterbegeld und sonstigen Unterstützungen wurde daher im Jahre 1911 insgesamt die Summe von 117 369,36 M. aufgebracht. Weiterhin haben 280 Vereine bereits Sparvereine geschaffen, die im verfloffenen Jahre von 16 817 Mitgliedern benutzt wurden. 24 Vereine machten über die Höhe der Sparanlagen keine näheren Angaben. Nach den Angaben der übrigen Vereine war am 1. Januar 1912 ein Sparguthaben von 4 604 116,16 M. vorhanden. Ein schöner Beweis für den Sparsinn, der noch in weiten Arbeiterkreisen herrscht.

Das gelbe System führt zur Korruption.

Es gibt keine strittige Frage im Arbeitsverhältnis, wo die gelben Werbervereine nicht auf Seiten der Unternehmer gegen die eigenen Ständegenossen stehen. Bei allen, auch den berechtigten Forderungen, fallen die Gelben den organisierten Arbeitern in den Rücken. Dafür sind sie ja da: könnte man sagen! Aber ist es nicht überaus traurig, daß sich deutsche Arbeiter gegen ihre eigenen Interessen und gegen ihren eigenen Stand in dieser Weise mißbrauchen lassen? Nur krasser, aber kurzschichtiger, persönlicher Egoismus, die Jagd nach scheinbaren materiellen Vergünstigungen kann die Triebfeder sein. Dadurch aber wird nur Leid und Mißgunst, Rivalerei und Denunziantentum in der Arbeiterschaft groß gezogen. Die viel angefeindeten Ausführungen des Abg. Schiffer im Reichstag über die Gelben waren nur zu berechtigt. Ein abschreckendes Beispiel hat die Augsburger Maschinenfabrik, die älteste Domäne der Gelben, geliefert. Dort waren durch die gelbe Verleumdung schon vor Jahren solch unhaltbare Zustände eingerissen, daß sie im bayerischen Landtag im Oktober 1909 öffentlich zur Sprache kamen und von allen Parteien entschieden verurteilt wurden. Als Stichprobe nur ein Zitat aus den Ausführungen des Landtagsabgeordneten Mayer-Augsburg:

„In der Maschinenfabrik Augsburg ist ein Spitzel- und Denunziantentum eingerissen, wie es widerlicher nicht gedacht werden kann; ein Spitzeltum, das Mißtrauen ist zwischen den eigenen Beamten, den Kollegen, und das dazu angetan ist, Heuchler und Verräter zu erzeugen und die Charaktere zu verderben. Es herrscht unter den Angestellten und Arbeitern die Überzeugung, daß in der Maschinenfabrik Augsburg Organe vorhanden sind, die durch systematische Denunziation einen Terrorismus ausüben, der das dem einzelnen staatsrechtlich gewährte Wahlrecht untergräbt und geeignet ist, denjenigen um Amt und Stellung zu bringen, der sich diesem brutalen System nicht unterwirft.“

So sieht die gelbe Fälschung in einer ihrer Domänen aus. Kein Arbeiter, der noch ein wenig auf Selbstbewußtsein und Ständesolidarität hält, wird mit solchen Vereinigungen etwas zu tun haben wollen.

Kundschau.

Für die Installateure, Klempner und Kupferschmiede bedeutet die Gründung „des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände“ eine eindringliche Mahnung sich zu organisieren. Am 28. Juni ist nämlich in Berlin eine Vereinigung der Reichsarbeitgeberverbände des Baugewerbes und der Hausgewerbe unter dem obengenannten Namen gegründet worden. Ihren Beitritt haben bereits erklärt: der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, der Zentralverband der Eisler, Installateure und Verputzmeister Deutschlands, der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, der Arbeitgeber-Handwerkerbund für das deutsche Holzgewerbe, der Zentralverband selbständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede, die Düsseldorf, der Zentralverband deutscher Dachdecker-

meister, der Reichsverband für das Stein-, Plaster- und Straßenbaugewerbe. Zweck des Reichsbundes ist die gemeinsame Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin.

Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Gründung auf den Ablauf des Bauarbeitertarifs im Jahre 1913 zurückzuführen ist. Auch dürfte aus diesem Anlaß, wie es scheint, wiederum größere Kämpfe bevorstehen, in welche die Metallarbeiter des Baugewerbes in stärkerem Maße als bisher hineingezogen werden. Mit Rücksicht darauf sichern sich die Unternehmer heute schon. Wenn die Baumeistalarbeiter zurückbleiben, werden sie 1913 die Kosten zu tragen haben. Darum tun sie gut, sich beizeiten durch Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband zu sichern. Unsere Ortsverbände mögen dieser Sachlage in der nächsten Zeit die notwendige Beachtung schenken.

Der sozialdemokratische Schmiedeverband „muff“ seine Existenz dem Mitgliederhungers des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes opfern. Bei der letzten großen Werftarbeiterbewegung war dem Schmiedeverband vom „Bruder“ Metallarbeiterverband der Verschmelzungsbazillus eingemipft worden, ähnlich wie dem jüd. Werftarbeiterverband, der schon einige Jahre früher vom „Deutschen“ Kaputt gestreift und verschluckt wurde. Bruder Schmied scheint noch nicht weich genug zum Verspeisen zu sein. Vorher soll nämlich am 13., 14. und 15. Juli noch eine Urabstimmung der Mitglieder stattfinden. Falls diese für die Verschmelzung eine Mehrheit ergibt, soll die Vereinigung mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zum 1. Oktober 1912 erfolgen. Es ist traurig, daß eine Arbeiterorganisation so enden muß, aber der Macht-hunger des „Deutschen“ läßt den Schmieden keine andere Möglichkeit. Unsere Kollegen mögen die christlichgesinnten Schmiede, die aus alter Gewohnheit dem Schmiedeverband angehört, bei der Zertrümmerung dieser Organisation dem christlichen Metallarbeiterverband zuführen, wo die Rechte der Schmiede voll und ganz gewahrt werden.

Zum Gewerkschaftsstreit konnte natürlich das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht stillschweigen. Unter dem bombastischen Stichwort: „Dem Abg. Sebering“, läßt es jetzt schon in zwei Nummern seinen Spezialkorrespondenten Es. orakeln. Das ist derselbe rote „Christenspezialdozent“, den wir in Nummer 16 dieser Zeitung so gründlich zerzausten, daß weder er noch die Metallarbeiterzeitung bis heute ein Wort der Erwiderung fanden. Ehe wir auf sein Geschwätz eingehen, wollen wir das Ende seines Gallimathias abwarten. Für heute nur folgendes: Es. leidet sein Pamphlet mit folgendem Satz ein: „Wenn die Gewerkschaftschriften nicht so nichtsnutzige Wörter wären, könnte man Mitleid mit ihnen haben“. So ähnlich sagte schon acht Tage früher „Genosse“ S. Meerfeld in der „Neuen Zeit“: „Man könnte Mitleid mit den christkatholischen Arbeiterbüchern empfinden — wenn diese Leute des Mitleids wert wären“. Die beiden Kölner Sozialisten mögen sich nur beruhigen, uns geniert weder Haß noch Liebe; unentwegt gehen wir auf der einmal beschrittenen Bahn weiter, und zwar deswegen, weil wir das für richtig halten und es die Sozialisten aller Schattierungen am meisten ärgert. Zur Erheiterung unserer Leser sei noch erwähnt, daß der in Diefelsfeld als Reichstagsabgeordneter pensionierte Karl Sebering sich in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Seite 736/1912) zum Gewerkschaftsstreit äußert. Seiner Meinung gibt Sebering in einer Ahnungslosigkeit Ausdruck, die verblüffend lächerlich wirkt; er meint:

„Scharfer konnte der Paps seine Stellungnahme für die Berliner Richtung nicht zum Ausdruck bringen, als es in dieser Kundgebung geschieht. Der Umstand, daß auch der Kongress der Kölner Richtung ein Antworttelegramm erhielt, ändert nichts an dieser Tatsache, sondern unterstreicht sie höchstens. Denn während das in den wärmsten Tönen gehaltene Schreiben an die Berliner die höchste Belobigung ausdrückt, werden die interkonfessionellen Vereinigungen ausdrücklich ermahnt, die Lehren der Kirche auch im wirtschaftlichen Leben zur Richtschnur zu machen.“

Ist es Dummheit oder Bosheit, daß der Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Diefelsfeld, Genosse Sebering, den katholischen Arbeitervereinen Säb-, West- und Ostdeutschlands unterstellt, sie seien interkonfessionell? Im übrigen ist es unfaßbar, daß die „Sozialistischen Monatshefte“, die doch erst genommen sein wollen, einen solchen hauebüchernen Blödsinn passieren lassen.

Verurteilte sozialdemokratische Terroristen und Verleumder. In Hannover kam es im April d. J. auf einer Baustelle gelegentlich eines Jagen. Höchstes zu wüsten Szenen. Sozialdemokratische Zimmerer hatten dem Alkohol stark zugesprochen und provozierten dann mit ihrlich organisierten Mitarbeitern einen Kaufhandel. Ein christlicher Arbeiter wurde von den sozialdemokratischen Fanatikern mit Messern und Gläsern übel zugerichtet; der wehrlos am Boden Liegende wurde sogar mit Füßen getreten und trug schwere Verletzungen davon. Der Rädelsführer der Rostlinge, Bogat, wurde dieserhalb vom Schöffengericht Hannover am 18. Juni zu vier Monaten, seine Helfershelfer Engelle und Schreiber zu je 2 Monaten Gefängnis und den übrigen Neben-tätern verurteilt.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverbändler Johann Dreuer wurde am 13. Juni vom Schöffengericht in Köln wegen Verleumdung eines christlich organisierten Metallarbeiters zu 20 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Der Angeklagte hatte in einer Betriebsversammlung dem christlichen Arbeiter ehrenrührige Vorwürfe gemacht, für die er an Gerichtsstelle auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnte. In der Gerichtsverhandlung benahm sich der „Genosse“ so unbotmäßig, daß er mehrmals zur Ordnung gerufen und vom Vorsitzenden u. a. gefragt wurde, ob er betrunken sei. Netze Vorlämpfer der „freien“ Gewerkschaftsbewegung!

Das Schöffengericht zu Schweier verurteilte am 18. Juni das Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes Genossen Böller (Bodum) wegen Verleumdung des christlichen Bezirksleiters Dorsch (Herzogenrath) zu 100 Mark Geldstrafe. Eine von Böller anhängig gemachte Wiederklage blieb erfolglos.

Sozialdemokratische Buchdruckerverbände mitglieder als Führer der Gelben. Gestift auf das in Halle a. S. erscheinende sozialdemokratische „Kollblatt“, konnte das Organ des Gutenbundes, der „Typograph“, nachweisen, daß das Mitglied Leitloff des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes gleichzeitig als Gelbenführer fun-

plerte. Der „Buchdruckerkorrespondent“ nahm Leitloff in Schutz; die Vereinigung sei nicht gelb, sondern ein Kriegerverein. Diese schöne Ausrede schlug das Halle'sche „Volkblatt“ am 13. Juni er. wie folgt in Scherben:

„Aus einer geheimen Versammlung der Gelben. Am Sonnabend, den 8. d. Mts., tagte in Dorfs Restaurant eine Werkstattversammlung der Firma Dehne für die Mitglieder des gelben Vaterländischen Arbeitervereins. Trotz strenger Kontrolle sind wir in der Lage, im Nachhinein einige Aufschlüsse über das Treiben dieser Ausharbeitsorganisation zu geben. Die Versammlung war von ungefähr 60 Personen besucht, darunter etwa sechs Meister und Obermeister. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des „Kameraden“ Schriftföhrer Verbandsmitglied Leitloff über Vaterländische Arbeitervereine und freie Gewerkschaften. Der Herr entledigte sich seiner Aufgabe in echter Reichsverbandsmanier. Gleich am Anfang seiner Ausführungen kam dieser sonderbare Herr zu dem Ausspruch, daß der Unfriede und die Mißstimmung bei den Arbeitern nicht gerechtfertigt sei. Den deutschen Arbeitern geht es gut. Nur die systematische Verheerung der freien Gewerkschaften trage die Schuld an dem fortwährenden Unfrieden zwischen Kapital und Arbeit. Dann kam statistisches Material an die Reihe, das jederfallig den Reichsverbanden entnommen war. Weiter erklärte der Herr, daß die freien Gewerkschaften den Streik sofort als Drohmittel zur Hand hätten, um den Fabrikanten zur Erfüllung der Forderungen zu zwingen. Die Vaterländischen Arbeitervereine behielten sich jedoch den Streik als letztes vor. Nachdem sich inzwischen hoher Besuch eingestellt hatte, kam Herr Leitloff zur glatten Verkürzung des Streiks. Die Herren Mag und Paul Dehne waren nämlich erschienen. Zweimaliges Erheben von den Plätzen sowie mehrmaliges Verbeugen war der Dank der Vaterländer für die Ehre des hohen Besuchs. Herr Leitloff rebete weiter und suchte seine Unternehmerrüchlichkeit nur erst recht zu beweisen. Auf Kosten der Mitglieder, so sagte er, sanktionen auf den Gewerkschaftsbureau ein Meer von Beamten. Der Herr tat dann gar den Ausspruch, eine Werk freie Gewerkschaft hätte für sonstige Ausgaben 13 000 Mark im Jahresbericht, wozu aber keine Belege noch sonstige Beweisführung gebracht wären. Dann schwahte der Herr allerlei krauses Zeug über den Metallarbeiterverband und führte dazu ein jedenfalls von ihm selbst zusammengesehtes Papiermaterial vor. So ging die Schimpferei über die freien Gewerkschaften noch eine Weile fort. Auch der Buchdruckerverband wurde von ihm angegriffen und erklärt, daß die 1,40 M. Wochenbeitrag direkt zum Fenster hinausgeworfenes Geld seien. Mit einem Ausruf für den Vaterländischen Verein, der zurzeit 1100 Mitglieder zählt, schloß er seine Ausführungen.“

Jeder Gewerkschaftler wird nun annehmen, daß für den Gelbführer Leitloff kein Raum mehr gewesen sei in „freier“ deutscher Buchdruckerverband. Weit gefehlt; der Bezirks- und Ortsvorstand Halle der Organisation von „Metru“ veröffentlicht im Halle'schen „Volkblatt“ (Nr. 143/1912) eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Schon im Februar dieses Jahres haben wir einen ausführlichen Bericht über Leitloff an unsern Zentralvorstand gesandt; Anfang April beschäftigte sich eine Sitzung, zu der er geladen und erschienen war, mit seinem Verhalten in einer öffentlichen Versammlung, sowie mit den Tendenzen des Vaterländischen Arbeitervereins. Auf Grund seiner bestimmten Aussagen konnten wir ihm keinen Widerspruch mit den Satzungen unserer Organisation, die ausdrücklich die Achtung der politischen und religiösen Gesinnung vorsieht, nachweisen. Schon unser ausgebreitetes Unterstützungsweisen zwingt uns dazu, bei Ausschüssen die allerpeinlichste Sorgfalt und Objektivität zu beobachten. Erst wenn klipp und klar ein Gegenstand zu den Verbandsprinzipien zu konstatieren ist, ergreifen wir die allerdings dann notwendigen Schritte. Eine neuerliche Sitzung, zu der Leitloff geladen, aber nicht erschienen war (es lag eine schriftliche Erklärung von ihm vor), faßte den Beschluß, der nächsten Mitgliederversammlung die geeigneten Maßnahmen zur weiteren Erledigung dieser Angelegenheit in Gestalt eines Antrages zu unterbreiten. Ueber alle bisherigen Schritte sind unsere Mitglieder unterrichtet.“

„Als „Gelbführer“ dürfen die Mitglieder des soz. Buchdruckerverbandes sein, das ist kein Verstoß gegen die Satzungen. Wenn aber ein Buchdruckerbandsmitglied bei Gewerkschafts- und Krankenversicherungen als Kandidat der christlich-nationalen Arbeiterbewegung fungiert, dann fliegt er raus. Die Namen: Germann, Kliever, Breddemann, Treffert u. c. c. hieren als Martern der roten Toleranz den Weg. Na, wir haben nichts dagegen, der Mann, der damals in Essen gelegentlich der rot-gelben Verbrüderung das Wort von den Blutapfelsinen prägte, hatte Recht. Dieser Vorgang sollte aber den letzten christlich-nationalen Buchdrucker veranlassen, der rot-gelben Sippe den Rücken zu kehren.“

Streits und Lohnbewegungen.

Die Bewegung im hannoverschen Industriegebiet.

Wie bereits in der vorigen Nummer unseres Verbandsorgans berichtet, sind wir bei den Verhandlungen zur Regelung der Differenzen auf Betreiben der Genossen ausgeschaltet worden. Dem Vertreter des Gewerkschafts H.-D. ist es ebenso ergangen. Nachdem der sozialdemokratische Metallarbeiterverband anscheinend wochenlang nichts getan, um die Bewegung vorwärts zu bringen, hieß es auf einmal: Am Sonntag, den 22. Juni beginnen die Verhandlungen. Schon am 11. Juni war an den Beamten des H.-D. Gewerkschafts und am 15. Juni an uns die Mitteilung gekommen, wir möchten sorgen, daß beide Organisationen in die zu bildende Verhandlungskommission Vertreter bekämen. Der Vorstand des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart war nämlich an den Gesamtverband der Industriellen herangetreten, damit dieser die hannoverschen Metallindustriellen veranlasse, mit einer Kommission der Arbeiter zu verhandeln, wozu sich diese auch bereit erklärten. Auf eine diesbezügliche Anfrage beim „deutschen“ Metallarbeiterverband wurde uns gesagt, daß sie von diesem Schritt ihrer Hauptverwaltung nichts wüßten, und von einer Verhandlungskommission ihnen nichts bekannt sei. Am 21. Juni wurden wir zu einer gemeinschaftlichen Sitzung ins Gewerkschaftshaus eingeladen, in welcher uns mitgeteilt wurde, daß nachmittags eine gemeinschaftliche Vertrauensmännerversammlung stattfände, um die Mitglieder der Verhandlungskommission zu bestimmen. Die Verhandlungskommission sollte sich aus 7 Vertretern der Arbeitgeber und aus 7 Vertretern der Arbeiter der streikenden bzw. ausgesperrten Betriebe zusammensetzen; außerdem sollte ein Vertreter des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller und ein Vertreter des deutschen Metallarbeiterverbandes an den Verhandlungen teilnehmen. Die Siebenerkommission wiederum sollte aus 5 Mit-

gliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und 1 Vertreter der andern beteiligten sozialdemokratischen Verbände bestehen, während der Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaftsverband und unser Verband zusammen 1 Vertreter erhalten sollten. Unser Verband und der H.-D. Gewerkschaften verlangten aber mit Recht je ein Mitglied in der Verhandlungskommission zu stellen, was aber von den Genossen abgelehnt wurde.

Vor Beginn der Verhandlungen hatten wir in Gemeinschaft mit der H.-D. beim Verein der hannoverschen Metallindustriellen beantragt, daß zu den Verhandlungen außer den 6 Mitgliedern der sozialdemokratischen Verbände je ein Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes und des H.-D. Gewerkschafts zugelassen werden sollten, weiter war um die Zulassung je eines Vertreters dieser Verbände zu den Verhandlungen ersucht worden. Die Arbeitgeber waren bereit, diesen Anträgen zu entsprechen, aber auf Veranlassung der Vertreter des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes wurden die Anträge zurückgewiesen.

Auf die Anfrage des Gewerkschaftsbeamten, ob die Arbeitgeber der Meinung seien, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband evtl. an der Zulassung der beiden Organisationsvertreter die Verhandlungen scheitern lassen würde, erfolgte die Antwort: Ja wohl, das wird befürchtet. Als dann trotzdem ein Angehöriger unseres Verbandes den Sitzungsaal betrat, erklärten die Arbeitgeber, sie würden es begrüßen, wenn auch die christlichen Metallarbeiter vertreten seien, aber auf Verlangen der sozialistischen Metallarbeiterverbände wurde unser Kollege zurückgewiesen.

Die Verhandlungen sind dann ziemlich ergebnislos verlaufen. In der Berichterstattung über das Ergebnis wurde unser Verband nicht hinzugezogen. Als dann später, am 25. Juni wiederum zu einer gemeinschaftlichen Sitzung eingeladen wurde, lehnten wir die Teilnahme an solchen Sitzungen ab, solange der rote Metallarbeiterverband seine Ausschaltungsmethode fortführen will. Natürlich sucht die sozialdemokratische Presse diesen Verrat des roten Metallarbeiterverbandes zu beschönigen, indem sie schreibt, die Arbeiter hätten sich dahin verständigt, daß das Mitglied der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft die christlichen Arbeiter mit vertreten solle. Diese Behauptung ist glatt erfunden.

Bis jetzt haben die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes die Zugeständnisse der Arbeitgeber abgelehnt, indem sie eine Verkürzung der Arbeitszeit um wenigstens noch 1/2 Stunde verlangen. Die Arbeiter wiederum erklären, weitere Zugeständnisse nicht machen zu können. Wie verlautet, hat in einer Sitzung der Vertrauensmänner des sozialdem. Metallarbeiterverbandes Ende voriger Woche der Bezirksleiter Hoff aus Halle nach der Richtung hin auf die Genossen eingewirkt, sich mit den Zugeständnissen evtl. zu begnügen, wenn eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu einem späteren Termin ins Auge gefaßt würde! Die demnächst wieder beginnenden Verhandlungen bezw. das Ergebnis werden zeigen, ob diese Angaben den Tatsachen entsprechen.

Das ganze Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes beweist aufs deutlichste, daß wir uns auf gemeinschaftliche Bewegungen mit den Genossen überhaupt nicht mehr einlassen können und dürfen, wenn nicht schriftliche Garantien nach jeder Richtung hin gegeben werden, daß man es dort ehrlich mit der Arbeiterschaft meint. Wir müssen immer bedenken, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband die Organisation ist, der Tausende und Arbeitererrat gerichtlich bestätigt worden sind.

Zur Beachtung.

Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Gebelsberg. Bei der Firma Wllh. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergießerei stehen die Arbeiter im Streik.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

Hagen. Die Arbeiter der Firma Kraemer u. Freund (Fedderrichter, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen im Streik.

Nachen. Die hiesigen Formier- und Gießereiarbeiter stehen im Streik.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Klingelhöfer ist die Betriebsperre verhängt.

Betum. Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zuzug von Schloßern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Werdohl. Ueber die Firma J. W. Dunter ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer streiken.

Düsseldorf-Rath. Bei der Firma Poensgen stehen sämtliche Arbeiter in Kündigung.

Hannover. In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Zureisende Kollegen haben sich deshalb vor Arbeits-Aufnahme im Büro, Kanonnenwall 16, zu melden.

Werdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Coelking ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Merdingen-Kaldenhausen. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Röhr ist die Sperre verhängt. Zuzug von Drehern, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

Wegern-Muhr. Auf dem Stahlwerk Markt stehen die Arbeiter im Streik.

Burgsteinfurt. Ueber die Formerei der Firma B. Drees ist die Betriebsperre verhängt. Zuzug fernhalten.

M.-Glabbad. Bei den Firmen Haubold & Co. und Gebr. Rembold, Eisengießerei, sind Differenzen ausgebrochen. Die Betriebe dieser Firmen in Süchteln und M.-Glabbad sind gesperrt.

Nachen. Bei der Firma Paulus, Bauhloßerei und Eisenkonstruktionswerkstätte, stehen die Arbeiter im Streik.

Grüne bei Fferlohu. Bei den Firmen H. Schlieper, Carl Schlieper, J. D. Falver und Görke in der Grüne und Letmathe stehen die Ketten- und Schmiede in Kündigung.

Hagen-Schwelm. Der Arbeitgeber-Arbeiternachweis und das hiesige Gebiet ist für Formier- und Gießereiarbeiter gesperrt.

Düsseldorf. Ueber die Firma Gebr. Jnden, Fittingsfabrik, ist die Sperre verhängt.

Mannheim. Die Huf- und Wagenschmiede stehen im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Die Arbeiter der Firma Woeste & Co. stehen zwecks Durchführung der 57ständigen Arbeitswoche in Kündigung. Bei der Firma Dehne, Stahlwerk, haben die Arbeiter die gleiche Forderung eingereicht.

Münsterburg. Die Huf- und Wagenschmiede stehen im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Der Geschäftsbericht

unseres Verbandes für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis zum 1. Januar 1912 ist jetzt herausgegeben als Mitgliedschaftsbericht des Zentralvorstandes an die 7. Generalversammlung in Dortmund. Der Bericht schildert auf 340 Seiten, in textlichen Abhandlungen, Tabellen und graphischen Darstellungen die Tätigkeit unseres christlichen Metallarbeiterverbandes in den beiden letzten Jahren. Aus dem Inhalte seien folgende Kapitel hervorgehoben:

Die wirtschaftliche Lage in der Metallindustrie. Gewinne der Werke. Die Lohnverhältnisse in der Metallindustrie. Der Arbeitsmarkt. Kartelle, Syndikate und Arbeitgeberverbände. Verwaltungsstellen. Beitragsweisen. Ertragsbeiträge. Mitgliederbewegung. Aufnahmen und Uebertritte. Fluktuation und Austritte. Mitgliederbewegung in den Verwaltungsstellen und Bezirken. Berufsstatistik. Altersstatistik. Statistik der Mitgliedschaftsdauer.

Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit. Zahl und Beruf der Erkrankten. Unterstützungsätze und Summe. Die Höhe der wöchentlichen Unterstützungsätze und der Anteil der Beitragsklassen. Die Mitgliedschaftsdauer der Erkrankten. Die Art der Erkrankungen. Die Dauer der Krankheitsfälle. Die Erkrankungszeiten der einzelnen Wochen.

Arbeitslosenunterstützung. Zahl und Beruf der Arbeitslosen, Unterstützungsätze und Summen. Die Höhe der wöchentlichen Unterstützungsätze und der Anteil der Beitragsklassen. Die Mitgliedschaftsdauer und das Alter der Arbeitslosen. Die Dauer der einzelnen Fälle und die Arbeitslosenziffern in den einzelnen Wochen.

Streiks und Lohnbewegungen. Streikberichte nach Bezirken geordnet.

Tarifwesen. Tarifbewegung im süddeutschen Ebengleiserwerbe. Tarifbewegung der Kunst- und Bauhloßer in Stuttgart.

Arbeiterschutz: Bundesratsverordnung betreffend den Schutz der jugendlichen Arbeiter in Walz- und Hammerwerken. Die Großeisenverordnung.

Rechtsschutz und Prozeßwesen. Das Reichsgerichtsurteil betreffend die Krupp'sche Pensionskasse. Prozesse wegen Räumung der Werkwohnungen, gegen die Massenmacher, auf Grund des Vereinsgesetzes, wegen Flugblattverbreitung, Verleumdungsprozesse.

Abkommen mit anderen Verbänden. Vereinbarungen mit ausländischen Bruderverbänden.

Agitation und Versammlungsweisen.

Verwaltung. Expedition, Korrespondenz. Statistik und Meldebücher.

Abrechnung der Hauptkasse und der Lokalkassen für 1910 und 1911.

Schlussbemerkungen.

Bezirksberichte.

Wegen des wichtigen Inhaltes muß der Geschäftsbericht von jedem Verbandskollegen eingehend studiert werden. Der Preis beträgt für Nichtmitglieder 2 M., für Mitglieder 50 Pfennige. Bei diesem geringen Preis ist es jedem Kollegen möglich, sich den Bericht anzuschaffen. Der Vertrieb ist von den Ortsgruppen systematisch zu organisieren. Bestellungen sind umgehend an die Hauptgeschäftsstelle zu richten.

Die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben der Großeisenindustrie.

betitelt sich eine im Verlage unseres Verbandes erschienene Schrift. Sie ist ein Bericht unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Wieber an die „Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“. Die Broschüre behandelt auf 63 Seiten Oktavformat genannte Materie in folgenden Hauptkapiteln:

1. Die ununterbrochene Arbeitszeit in den Großeisen- und Stättenwerken.
2. Art und Umfang der Betriebe mit regelmäßigem Tag und Nachtarbeit.
3. Arbeitszeit und Ueberarbeit.
4. Sonntagsarbeit und Sonntagsüberarbeit.
5. Hohe Unfall- und Krankenziffern als Folge langer aufreißender Arbeit.
6. Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in der schweren Industrie.
7. Die Schutzverordnung für die Arbeiter der Großeisenindustrie.
8. Reformvorschlüge und die Möglichkeit ihrer Durchführung.
9. Die Konkurrenz des Auslandes.

Die Schrift ist eine wertvolle Ergänzung der Broschüre unseres Verbandsvorsitzenden: „Der Arbeiterschutz in der gesundheitsschädlichen und schweren Industrie“. Wir können allen Kollegen die Anschaffung des Werkes zum Studium nur empfehlen. Der Preis beträgt für Verbandsmitglieder 30 Pfennig, für Nichtmitglieder 1 M. Bestellungen sind an die Hauptgeschäftsstelle zu richten.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. Juli der achtundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Juli fällig.

Die gelbe Päckchen

zur Reichsarbeitslosenstatistik soll beim Eintreffen dieser Drucksnummer längst an die Hauptgeschäftsstelle abgehandelt sein. Wo dies noch nicht geschehen ist, muß es unbedingt sofort nachgeholt werden.

Die Verwaltungsstelle Düren erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 20 Pf. ab 1. Juli d. Js. die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust naturrechtlicher Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bonn. (Wichtigste Stellung.) In dem Bericht über unsere Versammlung in Godesberg ist ein Druckfehler enthalten. In der 7. und 8. Zeile muß es richtig heißen: „Ein Diskussions-rechner bekannte sich als fröhlicher. Vauleiter des sozialdemo-kralischen Malerverbandes.“

Graubenz. Am Donnerstag den 18. Juni versammelten sich die christlichen Arbeiter von Graubenz zu einer statlichen Ver-sammlung. Es galt diesmal, Protest zu erheben gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber den christlichen Arbeitern. Ein großes Interesse legten auch die Bürger von Graubenz für diese Versammlung an den Tag. Rund 500 Arbeiter und Bürger, darunter auch die Leiter der konfessionellen Arbeitervereine nahmen an dieser Versammlung teil. Der große Saal des Schützenhauses vermochte kaum die Personen alle zu fassen. Nachdem Gewerkschaftssekretär Kollege Krause den Bredel der Versammlung bekannt gegeben hatte, sprach Kollege Galkowski-Danzig über das Thema: „Der verwerfliche sozialdemokratische Terrorismus gegen die christlichen Arbeiter.“

Einleitend behandelte der Referent die Eufsetzung der deut-schen Gewerkschaften. Er zeigte, wie die sogen. „freien“ Ge-werkschaften in das Lager der politischen Sozialdemokratie ab-schwanken und hemzuzolge durch sie keine praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet werden könnte; wie die christlichen Arbeiter verhöhnt und verspottet wurden wegen ihrer Ueberzeugung. Aus diesem Grunde mußten die christlichen Gewerkschaften ge-gründet werden. Sodann wurde die praktische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften nachgewiesen; wie dieselben sich, ob-wohl stets von den Gegnern bekämpft, durchgerungen haben. Heute sind sie eine Macht. Die Erfolge der Arbeiterschaft im letzten Jahrzehnt dürfen sie auf ihr Konto buchen. Sodann behandelte der Referent die Terrorisnmsfälle in Graubenz, Dan-zig und Königsberg. Durch den Druck der Genossen wur-den in diesen Orten christliche Arbeiter von der Arbeitstafel verdrängt. Das von den Genossen geprägte Wort: „Entweder rot, oder kein Brot!“ wurde hier in die Tat umgesetzt. Die ge-samte christliche Arbeiterschaft erhebt Protest gegen solche An-evelung der Gewissensfreiheit.

In der Diskussion veruchte der sozialdemokratische Beamte von Graubenz, Wlondowski, die Schmach abzuwischen. An den christlichen Arbeitern wurde kein gutes Haar gelassen. Welchen Blödsinn dabei Herr Wlondowski zu tage förderte, ergibt sich aus der Behauptung: „Bischof von Ketteler habe 50 000 Mark ge-gelien, damit die christlichen Gewerkschaften gegründet würden.“ — Wer lacht da! — Das kein vernünftiger Mann mit dem Ur-heber solchen Blödsinns diskutiert, versteht sich von selbst. Wann starb der Bischof von Ketteler, Herr Wlondowski? Wann wurden die christlichen Gewerkschaften gegründet, Herr Wlondowski? Nicht mit Unrecht betonte der Referent in seinem Schluswort, daß Herr Wlondowski es sehr notwendig habe, sich auf den Hofboden zu legen und dann die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu studieren. Zum Schlus forderte Kollege Galkowski die anwesenden Arbeiter auf, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Kollegen von Graubenz! Jetzt heißt es, durch Kleinarbeit, Hausagitation die unorganisierten Arbeiter für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen. Mit frischem Mut an die Arbeit. Dem Mutigen gehört die Welt!

Mannheim. Mit dem Gewerkschaftsrecht befaßte sich hier-selbst eine außerordentlich gut besuchte christliche Gewerkschafts-versammlung. Nach den mit großem Beifall ausgenommenen Referaten des Kollegen Reichstagsabg. Schiffer und des Herrn Stadtpfarrer Knebel gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Mannheims schließt sich dem Proteste des Vorstandes des Gesamtverbandes gegen den neuesten Verleumdungsfeldzug der „Berliner“ voll-inhaltlich an und spricht der Leitung der christlichen Gewerkschaften herzlichen Dank aus für die entschlossene Haltung während der letzten Tage. Mitglieder und Führer stehen bei der Aufrechterhaltung des von ihnen gemeinsam geschaffenen Lebenswertes untrennbar zusammen. Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands sind auf der Grundlage, auf der sie ge-schaffen wurden, wih worauf sie sich während 15 Jahren be-tätigt haben, sowohl gegenüber den Parteien der Wirtschaftsent-wicklung wie auch gegenüber dem sozialdemokratischen Terroris-mus für die christlich-national denkende Arbeiterschaft eine unbe-dingte Notwendigkeit; das Programm der kath. Fachabteilungen ist weder in seinen religiösen Gehaltengängen, noch insbesondere nach der sozialwirtschaftlichen Seite in Deutschland durchführbar. Das Kartell hält, neben der gewerkschaftlichen Organisation, kon-fessionelle, kirchliche Staudes- (Arbeiter-, Gefellen-, Jugend- usw.) Vereine wozu religiöser Festigung und Verlesung wie staatsbürgerlicher Schulung für eine unbedingte Notwendigkeit und fordert in diesem Sinne alle christlich gesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich sowohl den christlich-nationalen Ge-werkschaften, wie den konfessionellen Staudesvereinen anzu-schließen.“

Für uns in Baden haben jedenfalls die Erörterungen in den letzten Tagen nur fördernd gewirkt. Eine Reihe von Grundgedanken über unsere Bewegung sind in Kreise gedrungen, in denen wir sonst nur allmählich Eingang finden konnten. In ungezählte Köpfe hat sich jetzt die Tatsache eingekämmert, wir brauchen uns nicht auf Gnade oder Ungnade der roten Flut zu ergeben; denn wir haben in Deutschland eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung, die unter Achtung der religiösen und politischen Ueberzeugung des Einzelnen die wirt-schaftlichen Interessen der Arbeiterschaft mit Nachdruck und Entschiedenheit vertritt. Der Boden für eine umfassende Werbe-arbeit ist bereitet; an unseren Kollegen allerorts ist es jetzt, die Situation zur Ausbreitung unserer Bewegung nach Kräften auszunutzen. An die Arbeit!

Baden. Zu einer beachtenswerten Kundgebung für die christlich-nationale Gewerkschaftsfrage, gestattete sich unsere öffent-liche Versammlung am 19. Juni im Albertshof. Kollege Sek-retär Boigt-Dresden behandelte das Thema: „Soziale Sturm-zeichen — ein Mahnwort an jedermann.“ Er führte etwa folgendes aus: Das Barometer des sozialwirtschaftlichen Le-bens liehe auf Sturm. Die gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit seien durchaus nicht als abgeschlossen zu be-trachten. Alle Anzeichen sprächen für eine Wiederholung ähn-licher Kämpfe. Diese Entwicklung beweise die Notwendigkeit harter Organisationen für die christlich-nationale Arbeiterschaft. Als solche seien einzig und allein die christlichen Gewerkschaften anzusprechen. Ihre Notwendigkeit gehe auch hervor aus der zunehmenden Bedeutung des Tarifvertragswesens. Die sozialistischen Gewerkschaften verdrängen an allen Stellen so-genannte Monopolverträge abzuschließen, wonach nur noch sozialdemokratisch organisierten Arbeitern das Recht auf Arbeit

eingekäumt werden soll. Jeder Arbeiter sei dann vor die Wahl gestellt: Entweder rot oder kein Brot!

Dieser Entwicklung müsse im Interesse des nationalen und christlichen Gedankens vorgebeugt werden. Schon heute seien die Folgen derartigen Monopolverträge, die den organisierten Terrorismus darstellen, sehr zu verschärfen. Während die so-genannten freien Gewerkschaften sozialdemokratische Klassenkamp-organismen seien, die offensichtlich die Erziehung ihrer An-hänger für den Sozialismus als ihre vornehmste Aufgabe betrach-ten, ständen die christlich-nationalen Gewerkschaften grundsätz-lich auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsord-nung. Ihre Bedeutung für den Arbeiterstand, für Staat und Gesellschaft siehe unbestreitbar fest. Jedermann müsse sich ihre Förderung angelegen sein lassen.

Sekretär Schmidt-Berlin beantwortete die Frage: „Was erfordert die Gegenwart?“ Mit Belegen bewies dieser Red-ner die Tatsache, daß nicht zuletzt durch das Hervortreten der christlichen Gewerkschaften das soziale Gemeinschaftsleben im deutschen Vaterlande hervorragend gefördert worden sei. Im Tarifwesen wie auch in der Beurteilung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge innerhalb der Arbeiterschaft komme dieses klar zum Ausdruck. Einseitige Klassenpolitik sei entschieden zu ver-urteilen. Vielmehr sei die Mitarbeit der christlichen Gewerkschaftsanhänger in den bürgerlichen Parteien in den konfession-ellen Vereinen und dergl. erforderlich. Beide Neben waren streng sachlich und fanden lebhaften Beifall.

Für die nun folgende Aussprache hatten sich die Sozial-demokraten eine Anzahl auswärtige Sekretäre verschrieben. Ge-noisse Richter und seine Helfer verlasen stundenlang Ausschnitte aus sozialdemokratischen Zeitungen, konnten aber die Aus-sführungen der Vortragenden nicht im geringsten widerlegen. Um so mehr leisteten diese „freien“ Gewerkschaftsführer in Beschimpfungen der christlichen Arbeiter und des deutschen Vaterlandes.

Mit großer Mehrheit nahm die Versammlung nachstehende Entschliesung an:

„Die am 19. Juni im Saale des Albertshofes zu Baden tagende öffentliche Versammlung der christlich-nationalen Ge-werkschaften verurteilt in entschiedener Weise den an allen Orten sich geltend machenden Terrorismus der sozialdemokra-tischen Gewerkschaften gegen andersgesinnte Arbeiter. In der Erkenntnis, daß diesem Treiben nur durch eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung begegnet werden kann, fordert sie den weiteren Ausbau der christlichen Gewerkschaften an allen Orten.“

Soziales.

Eine zeitgemäße Warnung vor dem Bestel-lungsschwindel. Es ist bekannt, daß in zahlreichen Fäl-len Bestellungen an Reisende gemacht und Bestellscheine unter-schrieben werden, ohne daß der Unterschreibende weiß, was er eigentlich unterschrieben hat. Erst nachher muß er einsehen, daß er über den Löffel barbiert wurde, und keine rechtliche Hand-habe besitzt, den raffinierten Reisenden gerichtlich zu belangen. Wer den Schein unterschrieben hat, hat die Konsequenzen zu tragen, auch wenn er hierdurch weitgehendere Verbindlich-keiten eingegangen ist, als ihm bekannt war. Diese Tatsache hat den Verband der deutschen gemeinnützigen Rechtsanwalts-stellen veranlaßt, mit einem Warnungsblatt an die Deffentlich-keit zu treten, dessen wesentlicher Inhalt folgendermaßen lautet:

1. Kaufe und bestelle nichts, was du nicht nötig hast.
2. Laß dich von keinem Reisenden bereden, etwas zu be-stellen, was du vorher nicht entbehrt hast.
3. Bestelle nichts bei Reisenden, was du am Ort im Laden kaufen kannst. Du kaufst bei Reisenden nicht billiger. Er muß die Procente, von denen er lebt, auf die Ware druckschlagen. Im Laden hast du die Auswahl und siehst, was du bekommst; beim Reisenden kaufst du die Rage im Saal.
4. Unterschreibe keinen Bestellschein, den du nicht selbst ganz ausgefüllt und Unzutreffendes durchgestrichen hast. Sieh' zu, ob die Zahlen und Preise übereinstimmen. Dies auch die kleingedruckten Stellen, sie sind manchmal die wichtigsten. Ver-steckst du etwas nicht, so laß dich auf keine Erklärungen ein, sondern verlange, daß es gestrichen wird. Unterschreibe nicht, wenn man nicht streichen will.
5. Es gilt nur, was im Bestellscheine steht. Verlaß dich nicht auf mündliche Versicherungen. Unterschreibe nicht eher, als bis alles im Bestellscheine steht, was man dir versprochen hat.
6. Mit Reisenden fremder Firmen verhandle nur vor Zeugen.
7. Verlange Kopie vom Bestellschein und laß die Kopie vom Reisenden unterschreiben. Prüfe, ob Kopie und Bestellschein übereinstimmen.
8. Unterschreibe keinen Bestellschein, wenn etwas vom Er-füllungsort oder Gerichtsstand darin steht. Verlange, daß der Satz gestrichen wird, sonst unterschreibe nicht: Du wirst sonst auswärts verklagt und durch Versäumnisurteil verurteilt, wenn du dir nicht dort einen Anwalt nehmen kannst.
9. Hüte dich vor Retenzschulden; sie sehen billig aus, aber sie kommen teuer. Kaufst du nicht regelmäßig zahlen, so nimmt man dir die Ware wieder ab und von deinen An-zahlungen bekommst du nichts wieder.

Sterbetafel.

- Hamm.** Am 17. Juni starb unser Kollege Josef Grotthoff im Alter von 17 Jahren infolge Ueberfahrens durch eine Lokomotive.
 - Dönharrück.** Am 29. Mai starb unser treuer Kollege Math. Nabmann an einem Unterklebsleiden.
 - Siegen-Niederschelden.** Am 25. Juni starb unser Kollege Albert Alt, Chargierer, im Alter von 31 Jahren an Lungenentzündung.
 - Machen-Verlautenheide.** Am 26. Juni starb unser treuer und eifriger Kollege Wilhelm Scheider an den Folgen einer Lungenkrankheit im Alter von 34 Jahren.
- Ghre ihrem Andenken!

Berlinungsstaler.

Kollegen und Kolleginnen! Beräumt ohne triftigen Grund keine Versammlung! Samstag, den 6. Juli. Augsburg. Abends 8 Uhr in der Schützenhalle, Wintergasse 12. Berlin-Weabit. Ver. bei Waberst, Gorkoststraße 36.

- Woele-Kabel.** Abends 8.30 Uhr bei Schürmann. L.-D.: Arbeit-nachweisfrage. Die Kommission für den Metallarbeitering vor-züglich erscheinen.
- Gibing.** Abends 8 Uhr im Erholungshelm.
- Giesfeld.** Abends 8.30 Uhr bei Gertenrath, Klogbahn.
- Freiburg i. Br.** Abends 8.30 Uhr im Gaunterbräu, Schiffsstraße 7.
- Gelsenkirchen-Willen.** Abends 8.15 Uhr bei Nachbarschulle.
- Karlshöhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
- Höln-Ghrenfeld.** Abends 9 Uhr außerordentl. Generalversammlung bei Nordbörger, Kestlerstraße.
- Delde.** Ver. bei Sommer.
- Hadoltszell.** Abends 8.30 Uhr im Arcus. Vortrag: Kommunales Sozialpolitik.
- Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König.
- Wetterhauer-Gasse.** Abends 8.30 Uhr bei Müschenborn. L.-D. Arbeit-nachweisfrage.

Sonntag, den 7. Juli

- Beckum.** Vorm. 11 Uhr bei C. B. Schulle, am Markt
- Bellheim.** Mitgliederversammlung im „Krenz“
- Berlin-Jugendliche.** Nachm. 3 Uhr im deutschen Gärtnerheim, Stralauerstraße 58.
- Böckum.** Vortrag zum Gewerkschaftsfest in Gerne 2 Uhr von Konrad, Dörstenerstraße ans.
- Bücker.** Mitgliederversammlung.
- Bonn.** Vorm. 10 Uhr bei Witz, Wilhelmstraße. L.-D.: Diskuss-ion über die zur Generalversammlung gestellten Anträge.
- Buchholz.** Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Hülstraße.
- Duisburg-Naam.** Morgens 11.30 Uhr bei Janßen, Kaiserstraße.
- Danzig.** Nachm. 2 Uhr im Jofefshaus.
- Dortmund-Werne.** Nachm. 5 Uhr bei Tellenberg.
- Düsseldorf-Verwaltungsstelle.** Vorm. 11 Uhr gemeinl. Versamm-lung im Vanitshaus, Dülkenstraße 39-35.
- Düsseldorf-Jugendliche.** Vorm. 11 Uhr wichtige Versammlung im Paulshaus, Luisenstraße 38-35.
- Essen (Großhauhen und Vollerhauhen Jugendklasse).** Nachm. 4 Uhr im Gelsenhaus, Frohhausstraße 22.
- Essen-Altstadt (Gutrop, Nordost, Stöppenbergr und Stadt).** Vorm. 10.30 Uhr bei Spahn, Steelerstr.
- Essen-Vorbeck-Schönebeck.** Vorm. 11 Uhr bei Müllhoff.
- Essen-Vortrop.** Nachm. 8.30 Uhr bei Trogemann.
- Essen-Karnub.** Nachm. 4.30 Uhr in Dorst-Emlcher bei Th. Holmann.
- Essen-Vollerhauhen.** Vorm. 11 Uhr bei Buchner, Sobelsstraße. Referent: Kollege Hrischefer.
- Essen-Kettwig.** Vorm. 11 Uhr bei Buchmüller.
- Frederberg.** Mitgliederversammlung.
- Gövelsberg, 2. Bezirk.** Vorm. 10.30 Uhr bei Bunker, Gahliger-strafe. Unorganisierte mitbringen.
- Großenbaum.** Abends 7.30 Uhr mit Frauen bei Blankenhelm.
- Hamborn.** Nachm. 5 Uhr bei Freundlieb am Neumarkt, Quartals-versammlung mit Frauen.
- Sagen-Altshagen.** Morgens 11 Uhr bei Steinhans. L.-D. Arbeit-nachweisfrage.
- Höln-Binaght.** Morgens 11 Uhr bei Ditz, Dülhelmerstraße.
- Höln-Voll.** Morgens 11 Uhr bei Kogbender, Hauptstraße.
- Hölsheim bei Raik.** Nachm. 5 Uhr mit Frauen bei Schmitz, Frank-furterstraße.
- Schweim.** Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofstraße.
- Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Weckerlagelaserne.
- Kanten.** Morgens 11 Uhr bei Rombey, „am Ratskeller“.

Montag, den 8. Juli.

Düsseldorf-Grevenbroich. Gemeinliche Versammlung gleich nach Feierabend im Lokale Blenfeld, Meybierstraße.

Neudorf. Abends 8.30 Uhr bei Siefertamp Vertrauensmännerstung

Dienstag, den 9. Juli.

Duisburg-Kleingewerbe. Abends 8.30 Uhr bei Siefertamp.

Mittwoch, den 10. Juli.

Dortmund-Eörne. Abends 8.30 Uhr bei Drees in Eörne.

Donnerstag, den 11. Juli.

Karlshöhe-Ettlingen. Abends Versammlung.

Freitag, den 12. Juli.

Gelsenkirchen-Walms. Abends 8 Uhr bei Meschede.

Samstag, den 13. Juli.

- Altenburde.** Abends 8.30 Uhr bei E. Weser, am Brint.
- Berlin-Nörden.** Abends 8.30 Uhr bei Thiede, Hülstraße 4-5.
- Bremen.** Abends 8.45 Uhr im Bertheholofal Kolofseum, Dülferstr. 1.
- Wepenburg.** Abends 8.30 Uhr bei Braun, Schützenstraße.
- Düsseldorf-Wilden.** Abends 9 Uhr bei Leuchterberg, Kaiser Mü-helmstraße.
- Düsseldorf-Derendorf.** Abends 9 Uhr bei Duerling, Barbara- und Münsterstrafen-Gde.
- Essenach.** Abends 8.30 Uhr im Wetmarischen Hof.
- Daan-Sölingen.** Abends 8.30 Uhr bei Krahminkel mit Vortrag des Kollegen Gebborn über die jetzige Situation.
- Hambura.** Abends 9 Uhr bei Seydler, Lastraße 97.
- Höln-Gumboldt-Kolonie.** Abends 9 Uhr bei Guth, Watt- und Hahnstrafen-Gde.
- Höln-Indenthal.** Abends 9 Uhr bei Sabelle, Bachemerstraße 120.
- München.** Abends 8 Uhr im Galtshaus „Neopolstadt“, Genesfelder-strafe 11. Referent: Vizeleitersekretär J. Schwarz.
- Stuttgart-Buffenhauhen.** Abends 8.30 Uhr in der Traube.
- Wittenbeide.** Abends 8.30 Uhr bei Wwe. Lange.
- Wohlwinkel.** Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstraße 178.

Sonntag, den 14. Juli.

- Böckum.** Vorm. 11 Uhr bei Raich, Volkmarkt, Gde Adolfsstraße, 2.30 Uhr vom Bahnhof Süd aus Abfahrt zur Generalverf. in Dortmund.
- Düsseldorf-Eller.** Vorm. 11 Uhr bei Haasewelt, Gumberstraße 120.
- Düsseldorf-Wiberich.** Vorm. 11 Uhr bei Delmes-Weer.
- Düsseldorf-Überkassel.** Vorm. 11 Uhr bei Wosfen, Luegallee 50.
- Düsseldorf-Herd.** Vorm. 11 Uhr bei Büffien, Grefelderstraße 81.
- Gelsenkirchen-Neustadt.** Morgens 11 Uhr im Ruhthal-Restaurant.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Morgens 11 Uhr bei Wegener.
- Greine.** Versammlung.
- Sagen-Altstadt.** Vorm. 11 Uhr bei Gidhoff, Körnerstraße 17.
- Sagen-Ortverwaltung.** Punkt 6.32 Uhr ab Hauptbahnhof Sagen gemeinliche Abfahrt zur Eröffnungsfeier der Generalversammlung in Dortmund.
- Treeloh.** Mitgliederversammlung.
- Karlshöhe-Darlandten.** Nachm. 3.30 Uhr im Gasthaus zum Hirschen.
- Höln-Kalk.** Morgens 11 Uhr bei Hönigsberg, Breuerstr. 14.
- Weychenich bei Brühl.** Morgens 11 Uhr bei Bieleber.
- M.-Gladbach.** Vorm. 11 Uhr bei Mladen, Marktsteig.
- Ober-Barmen.** Vorm. 11 Uhr im Jägerhof, Gde Jäger- und Wip-pingauerstraße.
- Sonthoien.** Nachm. 2.30 Uhr Versammlung.
- Sürth am Rhein.** Morgens 11 Uhr bei Offer.
- Strandling.** Vorm. 10.30 Uhr im Münchner Hof.

Adressen:

- Bonn.** Reisegehb. mit d. ausgezahlt von abends 7.30 bis 8.30 Uhr durch den Kollegen Franz Sidan, Bonn, Giesborferstraße 1, am Adolfsplatz.
 - Mannheim-Verbandssekretariat.** Vom 12. bis einschl. 24. Juli ist das Bureau nur von nachm. 4.30 bis abends 8 Uhr geöffnet.
- Metalldreher.** Möglichst gelehrter Geselle, der in der Anfertigung von Dampfmaschinen und Repara-turen an solchen sowie Maschinenteilen erfahren ist, wird für eine mittlere Stadt in der Nähe Hannover's in dauernde Stellung gesucht. Eintritt möglichst bald. Stundenlohn 55 Pfg., nach einiger Zeit 60 Pfg. Bewerber wird auf einen tüchtigen, selbständigen älteren Arbeiter. Meldungen sind zu richten an Kollegen Buchner, Hannover, Ka-nonenwall 16.

Wegen beständiger Vergrößerung des Betriebes werden dauernd zu-haltigen Ein-tritt gesucht: **Feinmechaniker, Revolverdreher, Metallträger, Werkzeugschlosser, Optiker.** Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften erbetet. Carl Zeit, Zena.

Wir gedenken Mitte Juli in Leipzig. Seeburgstr. 21, ein zu eröffnen. Zimmer mit 1, 2, 3 und 4 Betten in Preise von 75 Pfg. bis 1.50 pro Bett. Sämtliche Zimmer sind mit Zentralheizung und elektrischem Licht ausgestattet. Große und freundliche Restaura-tionsräume. Bannen- und Brausebäder im Hause. Wir erlauben uns, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf dieses neue Gasthaus aufmerksam zu machen und sie zu bitten, dort einzutreten, falls sie nach Leipzig kommen. Der Verein für Innere Mission zu Leipzig.